

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 A.  
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 5. Februar 1898.

Inserate die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 80 A  
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Das Ende des Kampfes der englischen Maschinenbauer. — Die Fahrradindustrie. — Arbeitslosigkeit-reformen und Gewerkschaften. — Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. (Schluß.) — Aus England. — D. M. u. W.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Allg. Kr. u. St.-R. d. Metallarb.: Bekanntm. des Vorstandes. — Korrespondenzen.

## Zur Beachtung.

**Zug ist fernzuhalten:** von Formern nach **Gera**, **Neußj. L.**, (Maschinenbau-Aktiengesellschaft), nach **Chals** am **Garz**, **Flensburg** (Fepien & Sohn); von Schlossern und Drehern nach **Wienstadt a. d. Od.** (Kellereimaschinenfabr. von Liebrich), nach **Pforzheim** (Maschinenfabr. Hellmann); v. d. Fahrrad- u. Nähmaschinenbranche nach **Stuttin** (Bernh. Störmer & S.); von Mechanikern, Optikern, Brilleneinischleifern u. nach **München** (Robenloch); von Metallarbeitern aller Branchen nach **Dresden** (Herr. Nordwestgesellschaft vorm. Schlick [Schiffswerft]), nach **Stassfurt** (Sauerbrey) M.; nach **Sorgelow** i. Pomm. St., nach **Wald** (Rheinland) und **Codman** i. Bad. (Fuchsenberger & Co.), nach **England** St.; von Goldschlängern nach **Schwabach** (Philipp) D.; von Klempnern nach **Köln** a. Rh. (Friedr. Müller & Co.) A.; von Schlossern nach **Bautzen** (Kunst- und Bauhölzerei A. Bosh).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; A.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung.)

## Das Ende des Kampfes der englischen Maschinenbauer.

Nach mehr als halbjähriger Dauer ist der mit beispielloser Energie und Ausdauer geführte Niesenkampf der englischen Maschinenbauer beendet — leider ohne den erhofften und verdienten Sieg der Arbeiter.

Der Kampf nahm bekanntlich seinen Anfang in London und zwar im Mai und hatte die Einführung des Achtstundentages zum Zweck. Auf dem Wege gütlicher Unterhandlung mit den Unternehmern hatten die organisierten Maschinenbauer bereits bei über 150 Firmen und für ca. 13,000 Arbeiter den Achtstundentag erreicht und konnten deshalb hoffen, durch das Mittel der Arbeitseinstellung auch die ablehnenden Firmen zum Nachgeben zu bestimmen. Da mißte sich der Verband der Maschinenindustriellen, an dessen Spitze der englische Oberst Dyer und der deutsche Referentenant Siemens stehen, in die Angelegenheit und es gelang ihnen, derselben eine andere Wendung zu geben. Der Verband erklärte es für unmöglich, eine 48stündige Arbeitswoche oder überhaupt eine Herabsetzung der Arbeitszeit zu gewähren und beschloß zur Zurückweisung der in London streikenden Maschinenbauer die Aussperrung von 25 Prozent der Unionisten aus allen Maschinenfabriken; von 55 Londoner Fabrikanten, welche dem Verbands angehörten, wandten sofort 40 die Sperre an, wodurch etwa 10,000 auf das Pflaster geworfen wurden. Die Vereinigte Gesellschaft der Maschinenbauer antwortete darauf mit einem Manifest, in welchem konstatiert wurde, daß durch die Aussperrung der Maschinenindustrie ein schwerer Schlag zugefügt werde und in dem es dann weiter hieß: „Die ökonomische Möglichkeit der Einführung des Achtstundentages ist längst theoretisch dargelegt worden. Einseitige und sympathische Arbeitgeber haben ihn eingeführt zum großen Vortheil ihrer Arbeiter und ohne eigenen Verlust. . . In den Staatswerkstätten und in zahlreichen Privatfabriken machen sich schon die wohlthätigen Folgen des Achtstundentages geltend. Seit zwei Jahren haben sich die Geschäfte gehoben. Die Londoner Maschinenbauer haben dennoch mit der ihnen eigenen Mäßigung keine Lohnerhöhung gefordert, obwohl die Löhne anderer Arbeiter in der Zeit gestiegen sind. Statt dessen haben die Maschinenbauer ihr Augenmerk auf die Verringerung der Arbeitszeit gerichtet. Diese ist wegen der besonderen Londoner Wohnungsverhältnisse und Entfernungen zur Notwendigkeit geworden. Der

Arbeiter ist wegen der Erhöhung der Mieten immer weiter in die Vorstädte gedrängt worden und wohnt weiter von der Fabrik entfernt als früher. Er bricht auf, ohne nur gefrühstückt zu haben und ehe seine Familie nur aufgestanden ist. Es bleibt ihm keine Muße zur Fortbildung oder Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten. Daher fordern die Londoner Maschinenbauer den achtstündigen Arbeitstag. Wer wird nun aber die Kosten der verlangten Aenderung zahlen? Der Arbeiter fordert sie, weil dadurch weniger Unterbrechungen während des Tages entfallen, besseres Arbeiten und eine Ersparnis an Gas, Kohlen, Schmiermitteln und anderen Produktionskosten. Die Arbeitgeber sagen, daß die Konkurrenz des Auslandes die Einführung des Achtstundentages nicht gestatten werde. Wenn der englische Maschinenbauer die Konkurrenz mit Fabriken, wo nur die Hälfte seines Lohnes gezahlt wird, auszuhalten hat, so wird er sie auch auszuhalten, wenn eine Reform eingeführt wird, von der es zweifelhaft ist, ob sie die Produktionskosten erhöht oder nicht.“ — Bei Beginn des Streiks in London und der Aussperrungen im ganzen Lande zählte die Gesellschaft der Maschinenbauer rund 92,000 Mitglieder und verfügte über einen Kassenbestand von 350,000 Pf. St. (= 7 Millionen Mark), d. h. über einen Kriegsfond, wie ihn wohl noch nie eine Gewerkschaft besessen hat.

Dem Fabrikantenverbände gehörte im Anfange des Kampfes nur eine kleinere Zahl der Unternehmer als Mitglieder an und deswegen fand sein Beschluß betreffend die Aussperrung von 25 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder nur in einer kleineren Zahl von Maschinenfabriken Anwendung. Sollte er aber wirksam sein, so mußte die Aussperrung beim größten Theile der Maschinenindustrie zur Ausführung gelangen. Darum erließ der Verband an alle ihm noch fernstehenden Firmen einen Aufruf zum Anschluß, in dem es u. A. hieß: „Siegten die Arbeiter, so werden sie bald noch ganz andere Forderungen an die Fabrikanten stellen. Es ist keine Einigung mit den Führern der Arbeiter zu erzielen. Andererseits droht keine Gefahr, wenn die Arbeitgeber zusammenhalten. Der Gewerksverein kann den Kampf nicht lange aushalten, wenn nicht eine große Anzahl seiner Mitglieder noch in Arbeit ist und die nötigen Gelder aufbringt. Die nicht zum Verbands angehörigen Fabrikanten sollten doch ihre Eiferfüchteleien aufgeben in dem wohlberstandenen Interesse der Gesamtheit und schließlich des Einzelnen.“ Die Aussperrung hatte also den Zweck, die Mittel der Maschinenbauer rasch zu erschöpfen, um sie sodann zur Unterwerfung zu zwingen. Daran dachten aber diese so wenig, daß sie im Gegentheil jede Aussperrung von 25 Prozent durch die Arbeitsniederlegung der andern 75 Prozent beantworten ließen.

Interessanter Weise wurde noch Mitte August, da bereits ca. 60,000 Maschinenbauer theils als Aussperrte, theils als Streikende feierten, von mehreren Londoner Firmen der Achtstundentag zugestanden, so daß er um diese Zeit in 200 Maschinenfabriken für etwa 15,000 Arbeiter bestand. Es würde auch un-zweifelhaft, wie dies die Maschinenbauer in einem Manifeste feststellten, mancher Fabrikant in der Provinz lieber selbst den Achtstundentag bewilligt als seine Arbeiter ausgesperrt haben, wenn nicht der Verband einen starken Druck, also Terrorismus ausübte und den kleinen Unternehmern gedroht hätte, daß ihnen andernfalls die großen Fabrikanten künftighin keine Aufträge mehr zukommen lassen würden. Diejem Vorgehen ist es wohl auch zum Theil zuzuschreiben, daß der Verband während des Kampfes seine Mitglieder bedeutend vermehren konnte; während er nämlich im Juli nur 189 Firmen zählte, waren es nach einer Veröffentlichung des Verbandes im Oktober 517 Fabriken, welche demselben angehörten.

Die wiederholte Erklärung des Fabrikantenverbandes, daß der Achtstundentag den Ruin der englischen Maschinenindustrie bedeuten würde, wurde von den Streikenden und Aussperrten so wenig ernst genommen, wie von dem größten Theile der übrigen Bevölkerung. Hatten doch bereits Ende 1896 56,143 englische Arbeiter den Achtstundentag, wovon 45,421 in den Staatswerkstätten und 10,722 in den Privatbetrieben verschiedener Industrien; in der Metall- und Maschinenindustrie bestand er für 3113 Arbeiter. Sogar eine dem Gewerksverein feindliche Firma hatte den Achtstundentag eingeführt. Und daß ihn 152 Londoner Fabrikanten ohne Kampf bewilligten, die doch ebenso rechnen können und ebenso urtheilsfähig sind, wie die Verbandsfabrikanten, welche die Arbeiter aussperrten, widerlegt die Behauptung von dem Ruin der Industrie durch den Achtstundentag. Ja, der Fabrikant Mather in Salford, der seit 1892 in seiner Fabrik den Achtstundentag eingeführt hat, machte dem Fabrikantenverbände wie den Arbeitern den Vorschlag, die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden einzuführen gegen das Zugeständniß der Arbeiter an die Fabrikanten, daß sie in der Frage der Vertheilung der Arbeiter an bestimmten Maschinen keine Forderungen aufstellen, womit letztere auch einverstanden waren, während die Fabrikanten den Kompromißvorschlag Mathers „Stroh“ nannten. Natürlich, es war den Dyer und Siemens ja nicht allein um den Achtstundentag zu thun, sondern um die Zertrümmerung der Gewerksvereine oder mindestens um ihre völlige Einflußlosigkeit auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in den Fabriken.

Der Einwand gegen den Achtstundentag, daß er zum Ruin der Industrie führen würde, ist bekanntlich ein sehr alter Ladenaüter. Er wurde vor Jahrzehnten erhoben, als es sich um den Zwölfstundentag handelte, sodann als es sich um den Elf-, Zehn- und Neunstundentag handelte und nun kehrt er auch gegen den Achtstundentag wieder, trotzdem er sich in allen Fällen als ein dummer Schwindel erwiesen hat. Die fortwährende Arbeitszeitverkürzung hat in England so wenig wie anderwärts die Industrie geschädigt oder gar ruiniert, sondern im Gegentheil in ihrer Entwicklung gefördert und zur höchsten Blüthe gebracht.

Dieser Erfolg hatte bisher auch in allen Fällen der Achtstundentag und darum war es ein besonders frivoler Akt, als die nach Ausbruch des Kampfes dem Fabrikantenverbände beigetretenen Besitzer der Londoner Schiffsreparaturwerkstätten Anfangs Oktober den schon seit 1892 für die Kesselschmiede eingeführten Achtstundentag kündigten und wieder zum Neunstundentag zurückkehren zu wollen erklärten. Als aber die Kesselschmiede mit dem Streik drohten, gaben die Fabrikanten ihren schönen Plan auf und wollten den bisherigen Zustand aufrechterhalten. Da forderten aber die Kesselschmiede die definitive Einführung des Achtstundentages und legten deshalb die Arbeit nieder. —

Daß es dem Fabrikantenverbände nicht allein um die Bekämpfung des Achtstundentages zu thun war, erklärte mit brutaler und zynischer Offenheit der Vertreter der deutschen Stummlinge in England, der Referentenant Siemens mit den Worten: „Wir bestehen absolut darauf, mit unserem Eigenthum zu thun, was wir wollen und wir dulden keine Einmischung von Seite der Trades-Unions.“ Ferner: „Wir haben nur mit den einzelnen Arbeitern zu thun. . . Wir wollen den Trades-Unionismus überhaupt los werden.“ Das gelingt ja nicht einmal in Deutschland trotz Posadowsky und trotz aller unternehmerfreundlichen Einseitigkeiten und Parteilichkeiten des Unternehmerstaates den Stummlingen, viel weniger in England, wo der Staat Licht und Schatten an Arbeiter und Unternehmer gleichmäßig vertheilt. Das erfuhr denn auch sehr schnell der preussisch-schneidige

Siemens, dessen prohenhafte Erklärung in den weitesten bürgerlichen Kreisen Entrüstung hervorrief und scharfe Zurückweisung erfuhr. So sagte der frühere liberale Kriegsminister Campbell-Bannermann in einer Versammlung seiner Wähler, die Absicht des Fabrikantenverbandes resp. der ihm angehörenden Hitzköpfe, die Gewerksvereine zertrümmern zu wollen, sei ebenso schlecht wie dummin, denn seit einem Menschenalter sei es die Tendenz der englischen Gesetzgebung gewesen, die Vereinigung unter den Arbeitern zu begünstigen. Aufgabe des Gesetzes sei der Schutz der Schwachen. — in Deutschland sagt der Posadomsky, die Arbeiter brauchen keine Koalitionen, wohl aber die Kapitalisten und er bezeichnet damit als die Aufgabe des Staates und seiner Gesetzgebung den Schutz der Starken. Ueber die Erfahrungen mit dem Adhändentag, den Campbell-Bannermann in den militärischen Staatswerkstätten einführte, als er Kriegsminister war, äußerte er sich, daß das erzielte Ergebnis ein hocherfreuliches gewesen sei.

Die Entrüstung über seine brutale Erklärung nötigte den Siemens, diese abzuschwächen und zu beschönigen. Er meinte nämlich, daß es ihm und seinen Verbündeten ferne läge, die Gewerkschaft zu zerstören; sie lehnten sich bloß gegen den Versuch derselben auf, in den Werkstätten zu regieren, worauf ein bürgerliches Blatt erwiderte, daß von einem Regieren der Gewerkschaften gar keine Rede sei, daß sich aber jetzt schon der Unternehmer ein gutes Maß von Einmischung der Gewerkschaften in seinen Betrieb gefallen lassen müsse und daß übrigens der Versuch der Gewerkschaften, eine bestimmte Arbeitszeit zu erkämpfen, durchaus kein neues Prinzip bedeute. Es darf übrigens noch erwähnt werden, daß ein englischer Minister, irren wir nicht, der Handelsminister Ritchie, erklärte: er hoffe es noch zu erleben, daß jeder Arbeiter seiner Gewerkschaft angehöre! —

Zweimal machte das Handelsministerium ohne Erfolg den Versuch, eine Konferenz der Vertreter der beiden Kampfparteien zu Stande zu bringen und einen Vergleich herbeizuführen. Die Arbeiter akzeptierten, wie immer, den Vorschlag, während ihn die Unternehmer ablehnten. Erst ein dritter Versuch, der Anfangs November gemacht wurde, hatte auch bei den Unternehmern Erfolg, worauf Ende November die Konferenz begann und in 7 Sitzungen eine Reihe von Beschlüssen festsetzte, die jedoch nur einseitige Beschlüsse der Unternehmer waren, welche alle Vorschläge der Arbeiter abgelehnt hatten. Ueber die Frage der Arbeitszeit war überhaupt nicht diskutiert worden, da dies die Unternehmer abgelehnt hatten. Da ganz nach Siemens und Stumm gleichgestimmte englische Unternehmer nur die Arbeiterführer als das Hindernis der Harmonie zwischen ihnen und den Arbeitern betrachteten, ließen die Führer die Arbeiter über die Unternehmervorschläge abstimmen. Das Abstimmungsresultat war die Ablehnung derselben mit 68 966 gegen 752 Stimmen, also eine so herbe Lektion für die Unternehmer, daß sie auf diese wirklich Eindruck machte. Sie lenkten auch etwas ein und Oberst Dyer erklärte bei Wiederanfnahme der Konferenz, daß der Unternehmerverband die Trades Unions nicht in ihren Funktionen hindern und auch nicht an ihren Rechten, Statuten für ihre Mitglieder betreffend Arbeit und Arbeitslohn festzusetzen. Der Unternehmerverband wollte nur nicht, daß sich die Trades Unions in die Leitung der Geschäfte mische.

Das Ergebnis der zweiten Konferenz war aber trotzdem im großen Ganzen das gleiche wie das der ersten, also einseitig nach den Wünschen der Unternehmer gestaltet. Die Gewerkschaftsleiter unterbreiteten es nichtsdestoweniger abermals der Urabstimmung der Mitglieder, stellten dazu aber noch die zweite Frage, ob sie den Kampf weiterführen wollten um die 51stündige Arbeitswoche. Das Abstimmungsresultat fiel abermals negativ aus: mit 54 933 gegen 1041 Stimmen wurden die Unternehmervorschläge, mit 42 080 gegen 8515 Stimmen die 51stündige Arbeitswoche abgelehnt.

Damit war der Kampf nach sechsmonatlicher Dauer gerade so weit gediehen, als er am Anfang war. Nun sollten die Mittel aufgebracht werden, um die Kampagne nötigenfalls noch auf weitere Monate hinaus fortführen zu können. Auf Veranlassung des Londoner Gewerkschaftsrates fand am Neujahrstage in London eine Konferenz der Gewerksvereine ganz Englands statt, wozu sich 198 Delegierte in Vertretung von einer Million Mitglieder einfanden. Die beiden Leiter der Maschinenbauer, Barnes und Sellids erklärten, daß sie den Kampf fortführen könnten, wenn ihnen die englischen Gewerkschaften wöchentlich 10 000 Pf. St. (= 200 000 Mk.) lieferten würden und das Ausland weitere Hilfe gewähren würde. Dazu waren nun die meisten Delegierten bereit und es wurde eine wöchent-

liche Extrasteuer von 3 Pence (= 25 S) pro Mitglied beschlossen, die bei einer Million die Summe von 12 500 Pf. St. (= 250 000 Mk.) ergeben würde. Die wöchentliche Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten erforderte die Summe von 26 000 Pf. St. (= 520 000 Mk.) was im Durchschnitt auf jeden der rund 80 000 Beteiligten noch nicht einmal 7 Mk. ausmachte. Zu der wöchentlichen Unterstützungssumme lieferten die weiterarbeitenden Maschinenbauer durch die Extrabeiträge 11 000 Pf., aus anderen Quellen flossen 7000 Pf. und 2000 Pf. ergab die neuerliche Erhöhung der Extrabeiträge, zusammen 20 000 Pf., so daß noch 6000 Pf. von den übrigen Gewerkschaften und dem Auslande aufzubringen waren.

Allein der schöne Beschluß der Neujahrskonferenz bezüglich der allgemeinen Extrasteuer wurde nicht ausgeführt und da die große Fairfielder Schiffsbaugesellschaft trotz dem inzwischen erfolgten Fallenlassen der Achtstundensforderung ihre Arbeiter aussperrte, mußten die Leiter der Maschinenbauer erklären, daß die Mittel zur Fortführung des Kampfes nicht ausreichen und derselbe daher beendet werden müsse. Ohne den Zwischenfall mit der neuen Aussperrung seitens der obenerwähnten Gesellschaft hätte nach dem Londoner Korrespondenten der „Frk. Ztg.“ ein wesentlicher Sieg der Maschinenbauer in sicherer Aussicht gestanden. Die Unternehmer fordern nun die Anerkennung der auf der zweiten Konferenz von ihnen aufgestellten, von den Arbeitern in der Urabstimmung verworfenen Postulate, sie fordern ferner, daß die Arbeit überall zugleich angenommen werde.

Das Ende des Kampfes und die Niederlage der Arbeiter stehen daher fest, dagegen zur Zeit, da wir Dies schreiben, noch nicht die Form des Friedensschlusses und noch nicht der Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit. Es dauert deshalb in diesem Augenblicke auch noch die Aussperrung fort.

Die Niederlage unserer englischen Kollegen nach einem heldenhafte geführten siebenmonatlichen Kampfe, in dem die organisierten Arbeiter der ganzen Welt, insbesondere die deutschen Arbeiter, in wahrhaft glänzender Weise ihre Solidarität betätigten, ist eines der wichtigsten Ereignisse in der tausendjährigen Geschichte der Klassenkämpfe, der Kämpfe zwischen Arm und Reich, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, zwischen Arbeit und Kapital. Unsere Gegner jubeln ob ihres Sieges, aber es ist ein von ihnen sehr theuer erkaufter Sieg. Er kostet sie ungezählte Millionen, er kostet sie bedauernde Stunden und Absätzegebiete, sie sie an die belgischen und deutschen Konkurrenten, ihr „kollektives Klassenvertrauen“ verlorren haben und die sie vielleicht nicht mehr zurückgewinnen werden und er hat sie deshalb so geschwächt, daß ein später unternehmener zweiter Anlauf der organisierten Maschinenbauer ihnen den Achtstundensieg bringen wird.

Es wird nicht fehlen an Betrachtungen über das Wesen und Können der Gewerkschaften und zwar sowohl von gegnerischer wie von befreundeter Seite. Erstere werden die Meinung verbreiten, daß die Gewerkschaften durch die Koalition der Unternehmer überwunden werden können und daher auch für die Arbeiter keinen Werth haben, die somit die Gewerkschaftsbeiträge ersparen und sie den Unternehmern als höheren Gewinnanteil bei um so viel niedrigeren Löhnen überlassen können. Die weitere Konsequenz wäre dann die Posadomsky'sche Erklärung, daß die Arbeiter keine Koalition brauchen.

Auf befreundeter Seite wird es nicht an Stimmen fehlen, welche in der Niederlage der Maschinenbauer auch eine Niederlage der Unterstützungsrichtungen der Gewerkschaften werden herausfinden wollen. Eine solche Auffassung wäre schon deshalb irrig, weil ohne jene Einrichtungen keine der englischen Gewerkschaften eine so große Mitgliederzahl haben würde, als es wirklich der Fall ist und weil ohne sie, wie unsere deutschen Gewerkschaften lehres, diese Organisationen nur Laubensschläge sind, wo die Mitglieder ein- und anspringen und die Stabilität fehlt. Ferner würden ohne die Unterstützungsrichtungen die englischen Gewerkschaften nicht die hohen Beiträge (die Maschinenbauer zahlen Mk. 1,50 pro Woche) erheben können und sie würden nicht zu den hohen Vermögensbeständen kommen, die sowohl den Arbeitern Kraft verleihen, als auch für die Unternehmer Faktoren bilden, mit denen sie rechnen müssen. Und sie würden endlich nicht die kurze Arbeitszeit und die hohen Arbeitslöhne haben, da diese durchwegs Errungenschaften der Gewerkschaften sind.

Als Thatsache hat sich erwiesen, daß gegen ein finanzielles, kapitalkräftiges und gut organisiertes Unternehmertum, dem selbst der Reiz der Industrie gleichgültig ist, selbst die stärkste und reichste Gewerkschaft nicht ankommen kann. Aber darf man diese Thatsache als Regel gelten lassen? Gewiß nicht. So wenig

als die englischen Maschinenindustriellen für ihre Taktik Vorgänger hatten, so wenig werden sie Nachfolger haben. Geben sie die Bilanz ihres siebenmonatlichen Betriebsstillstandes bekannt, so wird sie auf alle Kapitalisten nur die abschreckendste Wirkung haben können und eine einbringliche Warnung vor solchen selbstmörderischen Gefahren sein. In dieser Richtung beweist also die Niederlage der Maschinenbauer gegen die allgemeine Bedeutung der Gewerkschaften gar nichts.

Dagegen darf man mit Gewißheit annehmen, daß die Niederlage der Maschinenbauer die englischen Gewerksvereiner dazu rühren wird, sich mehr als bisher mit der Politik zu beschäftigen und selbstständige Arbeiterpolitik zu treiben. Dies ist bereits in der Resolution, die in der Neujahrskonferenz der englischen Gewerksvereine Annahme fand, ausgesprochen worden. Und geschieht dies, so haben die Dyer, Siemens und Konkurrenten für die Sozialdemokratie gearbeitet, denn die Politik der Gewerkschaftler wird keine konservative und keine liberale, sondern die sozialdemokratische Politik sein! Dies ist dann ein ganz bedeutender Erfolg des Maschinenbauerkampfes.

### Die Fahrradindustrie.

Daß die Maschinenindustrie und soweit sie dabei in Betracht kommt, auch die Metallindustrie, eine sichere Zukunft haben, zeigt die Entwicklung des letzten Jahrzehnts, in dem die elektrotechnische und die Fahrradindustrie aufkommen sind, die zusammen in Deutschland vielleicht gegen 100,000 Arbeiter beschäftigen. Die Anfangs der achtziger Jahre eingeführte Fahrradindustrie beschäftigt heute ca. 40,000 Arbeiter und das in den Fahrradfabriken angelegte Kapital dürfte 100 Millionen Mark übersteigen. Dazu kommt eine Reihe von Fabriken und Werkstätten, in welchen Hilfs- und Nebengewerbe betrieben werden, so zur Herstellung der verschiedenen, zum Fahrrad gehörigen Gummibestandteile, zur Beschaffung der Sattel, Zeugtaschen und anderer Lederartikel, der Laternen, Luftpumpen, Warmmützeloeken, Bremsen, Uebertragungsketten und anderer Zubehörtheile; ferner liefern Spezialbetriebe in Stahlrohr für den Radbau Verkopplungen, Felgen und Speichen, Treibrabellager und Pedale, Nocken und sonstige Bestandteile des Fahrrads. In Deutschland sollen gegenwärtig 800,000 Fahrräder im Gebrauch sein, was bei einem durchschnittlichen Verkaufspreis von 250 Mk. per Rad die Summe von 200 Millionen Mark ausmacht, die in diesem modernen persönlichen Verkehrsmittel steckt und die zum größten Theile Ersparnisse von Arbeitern und Angestellten darstellt.

Noch bedeutender als die deutsche Fahrradindustrie ist die amerikanische, die auch eine noch schnellere Entwicklung hinter sich hat, wie die deutsche. Im Jahre 1885 zählte man dort erst 6 Fabriken mit einer Jahresproduktion von 11,000 Fahrrädern; 10 Jahre später, 1895, gab es in den Vereinigten Staaten 800—900 Fabriken mit einer Jahresproduktion von 600,000 Fahrrädern. Die größte amerikanische Fahrradfabrik soll die Pope Manufacturing Company mit einer Jahresproduktion von 70,000 Fahrrädern sein.

Dem verlockenden Beispiele anderer Unternehmungen folgend, hatten sich auch die größten amerikanischen Fahrradfabriken zu einem Trust vereinigt, um die Preise hochzuhalten und durch Blünderung des Publikums die fettesten Profite zu erzielen. Diese führten aber zur Ueberproduktion und dadurch zur Sprengung des Trusts, worauf, wie immer in solchen Fällen, die eine Firma die andere im Preise unterbot, um namentlich in Europa ihre Räder loszuschlagen. Räder, die kurz vorher noch 400 Mk. gekostet hatten, wurden um 200 Mk. und noch billiger losgeschlagen. Eine ganze Reihe amerikanischer Firmen fallirte, ihre Lager wurden zu Spottpreisen verkauft, so daß es vorgekommen sein soll, daß in Deutschland amerikanische Räder schon für 90 Mk. zu kaufen waren. Die oben erwähnte Pope Manufacturing Company ließ eine Preisermäßigung von 25 Prozent eintreten, andere Fabriken gingen hierin noch weiter und nun mußten auch die englischen Fahrradindustriellen, da ihnen die Amerikaner besonders scharfe Konkurrenz machen, ebenfalls in den sauren Apfel der Preisreduktion beißen.

Diese Vorgänge spielten sich im verflorenen Sommer ab. Es ist heute noch interessant, was damals der Londoner „Gloria“ darüber schrieb. Er konstatierte, daß seit einiger Zeit das Geschäft an den Märkten für Fahrräder stockt und daß mit dem Preisrückgang der Räder auch die Aktien mancher Gesellschaften, die in den letzten Jahren mit angeblich glänzenden Ausichten gegründet wurden, thatsächlich unverkäuflich geworden sind. Sogar die Aktien der letztenen und

Dividende zahlenden Unternehmungen stehen gegenwärtig im Kurse wesentlich niedriger als noch vor ein paar Monaten, da für sie Abgeber reichlich vorhanden, aber Käufer knapp sind. Der amerikanische Wettbewerb am englischen Markte hat sich in den letzten Monaten bedeutend verstärkt, und diese Konkurrenz werde zweifellos zu einer allgemeinen Erniedrigung der Preise führen. Eine solche Bewegung war in der That schon lange als unvermeidlich vorauszu sehen. Als die Sportmanie begann, wurden die besseren Produzenten mit Aufträgen überhäuft und konnten sich geradezu Phantasiepreise zahlen lassen; aber die Vermehrung der Fahrradfabriken und die damit eingetretene enorme Vermehrung der Produktion hatte einen solchen Wechsel zur Folge, daß jetzt das Angebot weit über den Begehr hinausgeht. Ueberdies sind auf dem maschinellen Gebiete so manche Verbesserungen für die Theile der Räder und ihres Zubehörs eingeführt worden, daß jetzt auch zweitklassige Produzenten zu relativ niedrigen Preisen Maschinen für alle Zwecke herstellen können, die in Bezug auf Aussehen und Eleganz den theueren Artikeln der leitenden Gesellschaften gleichstehen. Zudem wird zuverlässig festgestellt, daß unter den Wettrenn-Radfahrern jetzt weniger als noch vor einem Jahre die Neigung besteht, ihre Maschinen zu wechseln. Aus alledem ergibt sich klar, daß die extravagant Preise, die bisher sogar von zweitklassigen Fabrikanten gefordert wurden, wesentlich reduziert werden müssen, und daß in Folge dessen die Aussichten auf Dividenden, wie sie auf die bei Bildung mancher Gesellschaften herrschenden Preise basirt wurden, starke Enttäuschung erfahren müssen. —

Man hätte die gleichen Folgen der Ereignisse in der amerikanischen Fahrradindustrie auch in Deutschland wie in England erwarten sollen, aber sie traten nicht ein. Zu derselben Zeit, da in Amerika und England die Fahrradpreise bedeutend reduziert wurden, erklärten deutsche Fabriken, wie Kleber (Frankfurt a. M.), Dürrkopf (Bielefeld), Viktoria (Nürnberg), Stöwer (Stettin), Seidel u. Naumann (Dresden) u. A., daß sie im laufenden Jahre bisher die vollen bisherigen Preise und doch gegen das Vorjahr eine neue ansehnliche Steigerung des Umsatzes erzielt haben. Diese Erklärung wird unzweifelhaft richtig gewesen sein, wie auch daraus hervorgeht, daß die deutsche Fahrradindustrie in den ersten acht Monaten des vorigen Jahres 22,768 vollkommen fertige Fahrräder und 6023 Doppelzentner (nicht ganz fertige) Fahrräder und Fahrradtheile ausgeführt hat, also ein ganz bedeutender Export erzielt wurde. Allerdings war der Import mit 23,239 vollkommen fertigen Fahrrädern und 6039 Doppelzentnern (nicht ganz fertigen) Fahrradern und Fahrradtheilen noch um etwas größer als die Ausfuhr. Die deutschen Fahrräder gehen meistens in die Schweiz, nach Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Australien u., während die importirten Fahrräder meistens aus England und den Vereinigten Staaten, ferner aus Oesterreich, Frankreich usw. kommen.

Für die gute Geschäftslage und überaus hohe Rendite der deutschen Fahrradindustrie sprechen auch die hohen Kurse der an der Börse eingeführten Aktien der den Gesellschaften gehörenden Fahrradfabriken, sowie die hohen Dividenden; ferner die fortdauernde Umwandlung von Einzelunternehmungen in Aktien gesellschaften und die wiederholte Erhöhung der Aktienkapitalien älterer Gesellschaften. So standen die Aktien der Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Seidel u. Naumann in Dresden im November 1897 auf 400 Proz., Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrradfabrik in Kaiserslautern auf 135 Proz., Adler-Fahrradwerke, vorm. Kleber in Frankfurt a. M., auf 180 Proz., Wanderer-Fahrradwerke vorm. Winkelhofer u. Jänide in Schönau-Chemnitz im Januar 1898 205 Proz., „Viktoria“ = Fahrradwerke in Nürnberg 185 Proz., Stöwer in Stettin 160 Proz., Fahrrad- und Maschinenfabrik vorm. Schläditz in Dresden 150 Proz., Maschinenfabrik Grigner in Durlach 180 Proz., Corona-Fahrradfabrik in Brandenburg 212 Proz. usw.

An neuen Fahrradfabriken wurden in den letzten Jahren durch Aktiengesellschaften errichtet in Nürnberg Deutsche Triumph-Fahrradwerke mit 100,000 M. Grundkapital, Frankfurter Fahrradwerk System Frank in Frankfurt a. M. mit 400,000 M.; in Aktiengesellschaften wurden umgewandelt die Firmen Krouenberg u. So. in Ohligs und Prinz u. So. in Jmützgrath in „Kronprinz-Akt.-Ges. für Fahrradtheile in Ohligs“ mit 1,4 Millionen Mark; Schmidt in Brandenburg in Corona-Fahrradfabrik vorm. Schmidt mit 300,000 M.; Gebr. Goldschmidt, Neumarkt bei Nürnberg in Express-Fahrradwerke mit 650,000 M.; Cito-Fahrradwerke in Rölln aus einer Genossenschaft in Aktiengesellschaft mit 600,000 M.; Bruno Birgiebel in Leipzig in „Lipsia-Fahradindustrie“ mit 700,000 M.; Meißner'schen

Sturmfahrradwerke in Mannheim mit 500,000 M.; Liepe u. Dreft in Brandenburg mit 450,000 M. usw.

Ihre Grundkapitalien haben erhöht die Gesellschaften vorm. Seidel u. Naumann in Dresden von 2 1/2 auf 3 Millionen, Viktoria-Fahrradwerke in Nürnberg von 1,25 auf 1,6 Millionen; letztere Gesellschaft beschäftigt 500 Arbeiter und produziert pro Jahr 18,000 Fahrräder; ferner Stöwer in Stettin um 1/2 Million; Medarsulmer Fahrradwerke von 860,000 auf 1 Million, Corona-Fahrradwerke in Brandenburg von 430,000 auf 550,000 M.; Maschinenfabrik Grigner in Durlach von 2 auf 2,8 Millionen; Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrradfabrik in Kaiserslautern von 650,000 auf 1 Million und sodann auf 2 Millionen usw.

Die neuerichtete Fahrradfabrik System Frank in Frankfurt a. M. beutet zwei Patente des Mechanikers Frank aus, wovon das eine den Antrieb eines Zweirades durch das Vorderrad und das andere eine, jedoch nur bei Zweirädern anwendbare Uebersehung betrifft. Für beide Patente zahlte ihm die Gesellschaft 100,000 M., ferner erhält er vom Reingewinn während 6 Jahren 25 Prozent und später 15 Proz. Ein weiteres Frank'sches Patent, wonach die Radrahmen ohne Lötung hergestellt werden können, ist von zwei Bankiers in Frankfurt a. M. und in England angekauft worden. Nach dem neuen Verfahren kann ein Arbeiter wöchentlich 300—400 Rahmen anfertigen, während beim jetzigen Verfahren ein Arbeiter nur 20 Rahmen herzustellen vermag. Durch die Neuerung würden natürlich die Produktionskosten bedeutend verringert werden und damit auch der Verkaufspreis. Die Verbilligung des Fahrrads in Folge technischer Verbesserung wie auch in Folge der amerikanischen Konkurrenz würde selbstverständlich keineswegs auch eine Verminderung der Rentabilität bedeuten, sondern zunächst eine weitere Steigerung des Konsums bewirken und damit auch eine Erhöhung der Produktion, wobei die Rendite sogar noch erhöht werden könnte.

Damit wollen wir aber durchaus nicht sagen, daß eine Erhöhung der Gewinne, welche die Fahrradindustrie den Unternehmern und Aktionären abwirft, nothwendig wäre; sind doch diese Gewinne mit wenigen Ausnahmen so hoch, daß es dabei für jeden Kapitalisten eine Lust zu leben ist. So erhielten die Aktionäre der Dresdener Akt.-Ges. vorm. Seidel u. Naumann 32 Proz. Dividenden, der Wanderer-Fahrradwerke zu Schönau bei Chemnitz 20 Proz., Maschinenfabrik Grigner in Durlach 20 Proz., Akt.-Ges. Fahrrad- und Maschinenfabrik Dresden 18 Proz. Letztere Gesellschaft veröffentlichte erst gegen Ende 1897 den Bericht über das Geschäftsjahr 1896/97. Darnach befindet sich der Geschäftsgang fortgesetzt in aufsteigender Linie. Die beiden ersten Monate des neuen Geschäftsjahres ergaben an Verkäufen und Aufträgen bereits die Summe von ca. 900,000 M. gegen 1,11 Million Umsatz im ganzen Betriebsjahre 1896/97. „Die unlängst durch Preisstüchereien entstandene Panik im amerikanischen Fahrradmarkt habe sich vollständig im Sande verlaufen. Das Publikum bevorzugte nach wie vor beste deutsche Marken und von amerikanischen nur erstklassige, die dem heimischen Fabrikat gar keine Konkurrenz (in Folge der bedeutenden Preisdifferenz) machten.“ — Die Viktoria-Fahrradwerke in Nürnberg zahlten 17 Proz. (1895/96 „nur“ 15 Proz.), Adler-Fahrradwerke in Frankfurt a. M. 16 Proz. (15 Proz.), Corona-Fahrradfabrik in Brandenburg 16 Prozent, Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrradfabrik in Kaiserslautern 10 Proz. wie im Vorjahre. Fahrrad- und Maschinenfabrik vorm. Schläditz in Dresden 10 Proz., Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Gengsternberg 6 Proz. usw.

Das sind gewiß „Entbehrungslöhne“, bei denen man diesseits ganz anständig leben und auch noch den herrlichen Wechsel auf das Jenseits annehmen kann. Diese Gewinne sollten nach der Meinung der Fahrradindustriellen vom Staate durch hohe Zölle und von den Konsumenten durch hohe Preise garantiert werden und darum verlangten sie sowohl als Antwort auf den neuen amerikanischen Zolltarif als auch auf die Preisreduktionen der amerikanischen Fahrräder Erhöhung des deutschen Fahrradzolles. Dabei kam ihnen allerdings zu Gute, daß in der That und merkwürdiger Weise der deutsche Fahrradzoll sehr niedrig ist. Derselbe beträgt nämlich 24 M. pro 100 Kilogramm, etwa 3 M. oder 1 1/2 Prozent vom Werth eines Rades. Der amerikanische Zoll dagegen betrug 35 Prozent und ist durch den neuen Dingeltarif auf 45 Prozent des Werthes erhöht worden. Italien erhebt 42 Fr. per Rad, Belgien und Schweden 15 Prozent des Werthes, Oesterreich-Ungarn erhebt 25 Gulden und Rußland 12 Rubel per Rad, Frankreich 220 Fr. per 100 Kilogramm Fahrräder. Unter diesen Um-

ständen erscheint die verlangte Zollerrhöhung der deutschen Fahrradindustriellen nicht als unberechtigt. Aber es scheint bloß so, denn wenn die amerikanischen Fahrräder trotz der Frachtpfesen, des Zolles und der höheren Arbeitslöhne, welche drüben bezahlt werden, in Deutschland billiger verkauft werden können, als das inländische Fabrikat, so müssen in der Betriebsweise derartig große Verschiedenheiten bestehen, daß sie auch ein erhöhter Zoll nicht zu Gunsten der deutschen Fahrradindustrie auszugleichen vermag. Dazu kommt, daß die amerikanischen Fahrradindustriellen entschlossen sind, das von ihnen geschützte deutsche Absatzgebiet unter keinen Umständen fahren zu lassen, sondern bei allzu hohen Zöllen einfach in Deutschland Fahrradfabriken nach amerikanischem Muster errichten werden, also Riesenbetriebe auf technischer Höhe und mit reichlichem Betriebskapital, die den deutschen Fahrradfabrikanten womöglich noch schärfere und empfindlichere Konkurrenz im eigenen Lande machen würden, als jetzt mit dem importirten amerikanischen Rad. Die deutschen Metallarbeiter würden bei dieser Gestaltung der Dinge kaum etwas zu verlieren haben. Ihre Löhne in den bestrentirenden Fahrradfabriken sind durchaus nicht besser als in irgend einer anderen Fabrik der Maschinen- und Metallindustrie. Solche bettelhafte Krämerseelen sind die Amerikaner trotz aller Ausbeutungswuth und trotz alles Geldhungers doch noch nicht, daß sie ihren Arbeitern nur Hungerlöhne zahlen und selbst bis zu 32 Prozent Dividenden in die Taschen stecken. Hohe Zölle und hohe Preise würden aber auch auf noch lange Zeit hinaus verhindern, das Fahrrad wirklich zu einem allgemeinen Verkehrsmittel zu machen und somit zu einem Artikel der Massenproduktion.

Was zu thun ist, ist unseres Erachtens nicht eine starke Erhöhung des deutschen Fahrradzolles, sondern darauf hinzuwirken, daß die Fahrradzölle in anderen Ländern, namentlich in den Vereinigten Staaten, erheblich herabgesetzt und so dem deutschen Export die Konkurrenz auf dem Weltmarkte ermöglicht wird und erhalten bleibt. Ferner gilt es, die Einrichtungen auf die höchste Stufe der Technik zu bringen, um die Produktionskosten und damit auch die Verkaufspreise bei anständigen Arbeitslöhnen zu verbilligen.

## Arbeitslosigkeitsreformen und Gewerkschaften.

### I.

a. In einer Zettelpoche, in welcher an den Staat, bezw. die Gesetzgebung oder an gewisse Verwaltungsstellen des Staates ein früher nie gekanntes Maß von Aufgaben gestellt wird, ist es wohl angebracht, zu untersuchen, ob die betreffenden Organe auch wirklich dazu befähigt sind, diese Aufgaben zu lösen, insbesondere in dem Sinne zu lösen, den die Antragsteller voraussetzen. Auch die Arbeiterbewegung stellt eine Reihe von Forderungen an den Staat und dessen Organe, welche bestimmt sind, die Rechte der Arbeiter zu erweitern und zu gewährleisten und die Lage der Arbeiter in der kapitalistischen Produktion zu verbessern, trotzdem sie genau weiß, daß dieser selbstige Staat und seine Organe einen durchaus arbeitserfeindlichen Standpunkt innehalten und im Gegentheil die Widerwehr, die Unternehmer, in ihrer Ausbeutung und Unterdrückung begünstigen. Dieser selbstige Widerstreit erklärt sich daraus, daß die Arbeiterbewegung annimmt, die wirtschaftliche Entwicklung einer und ihr eigener wachsender Einfluß andererseits werde dem Staate die Nothwendigkeit, in gedachtem Sinne vorzugehen, aufzwingen und gleichzeitig die Ausführung und Richtung dieses Vorgehens leiten. Diese Taktik ist für eine Reihe von Forderungen der Arbeiter, deren Ausführung entweder noch in weiter Ferne liegt oder nur in einem die Arbeiter begünstigenden Sinne erfolgen kann, zweifellos richtig und erfolgreich, denn es läßt sich auch vom Standpunkte des gegenwärtigen Kapitalistenstaates befämpfenden Klassenkampfes nichts dagegen einwenden, diese staatliche Autorität überall da, wo es möglich ist, zu Gunsten der Arbeiter zu engagiren.

Aber es gibt auch Aufgaben, die wir nicht ohne die schwere Gefahr eigener Schädigung den Staatsorganen übertragen können, weil wir in demjenigen Moment, in dem der Staat an ihre Lösung herantritt, noch nicht den genügenden Einfluß zu entwickeln im Stande sind, um arbeitserfeindliche Maßnahmen zu verhindern, andererseits aber der Staatsgewalt einen Einfluß auf unsere Positionen einräumen würden, der für die selbständige Arbeiterbewegung schwere Nachteile birgt. Nirgends aber liegt diese Gefahr näher, als gerade auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeitsreformen, die einschneidender, wie jede andere Reform die wichtigsten Gewerk-

Interessen berühren und den Einfluß der Gewerkschaften auf diesem Gebiete zu schmälern drohen. Dies gilt ebenso sehr von der staatlichen oder öffentlichen Regelung des Arbeitsnachweises, wie auch von der Organisation der Arbeitslosenversicherung, die unter allen Arbeitslosenversicherungen heute am meisten erörtert werden und zum Theil auch bereits verwirklicht sind. Das öffentliche Arbeitsnachweissystem hat sich größtentheils in kommunaler Organisation, aber zum Theil auch mit staatlicher Förderung und Regelung, über zahlreiche Orte und Distrikte Deutschlands ausgebreitet, und nur wenige Großstädte und Mittelstädte bestehen, wo die Gewerkschaften nicht mit der Konkurrenz dieser Institute zu rechnen hätten. Die Arbeitslosenversicherung hat zwar vorerst nur in einigen Schweizerstädten Verwirklichung gefunden und deutscherseits ist nur in Köln ein recht schwächlicher Anfang damit gemacht worden, aber trotzdem tauchen Jahr für Jahr neue Projekte und Anträge in dieser Richtung auf und es ist vorläufig noch nicht abzusehen, welche greifbaren Resultate diese Bestrebungen zeitigen werden. Da es aber den Gewerkschaften durchaus nicht gleichgültig sein kann, in welcher Weise sich diese Institutionen entwickeln und andere Interessensphären schmälern, so ist es wohl gerathen, dazu Stellung zu nehmen, ehe uns diese Entwicklung über den Kopf wächst. Hinsichtlich der Arbeitsvermittlung ist dies leider schon geschehen, ehe die Gewerkschaften daran dachten, sich gegen die Okkupation auf ihrem eigenen Gebiete zu wehren, — ja, im Gegentheil hatte sich die Entwicklung der kommunalen Arbeitsvermittlung nicht selten der eifrigen Unterstützung der Gewerkschaftler mancher Orte zu erfreuen, welche der Meinung waren, es gälte ein neues, höheres Prinzip zur Entfaltung zu bringen und sich dabei von vornherein den mitwirkenden Einfluß zu sichern. Daß durch dieses neue Prinzip die Gewerkschaften in einer ihrer wichtigsten Aufgaben kalt gestellt und sonach zugleich eines guten Theils ihres Einflusses beraubt wurden, das wurde nicht genügend gewürdigt. Die Förderer der kommunalen Arbeitsvermittlung setzten sich über derartige Bedenken mit der pessimistischen Entschuldigung hinweg, daß der Arbeitsnachweis im gewerkschaftlichen Besitz stets ein lebhaft umstrittenes Objekt gewesen und deshalb niemals große Vortheile gebracht habe, während seine Zentralisirung in den Händen der parteilosen Kommune unter Mitverwaltung der Unternehmer und Arbeiter erst den rechten erfolgreichen Aufschwung gewährleiste. Legt man bei der Frage nach den Erfolgen des Arbeitsnachweises um das Hauptgewicht bloß auf die absoluten Frequenzsiffern, so hat sich die letztere Voransetzung zweifellos bewahrheitet; die Kommunalnachweise haben meist höhere Gesuchs- und auch Beschäftigungsziffern anzuwiesen, als die gewerkschaftlichen oder irgend eine Art von anderen Nachweisen. Dies entspricht aber nur der Thatsache, daß auch vorher ein großer Theil der Arbeitssuchenden sich anderer Vermittelungen, als der der Gewerkschaftsnachweise bediente, so des Insineratens der Tagesblätter, der Summungs- und Unternehmernachweise, der Herbergsvermittlung u. v. Aus diesen Frequenzsiffern kommt auch der hauptsächlichste Strom der die Kommunalnachweise benutzenden Arbeitslosen, so daß die Kommunalnachweise so recht eigentlich der Zentralpunkt derjenigen Schichten von Arbeitslosen geworden sind, die den Gewerkschaftsnachweisen seit jeher aus dem Wege gingen. Dagegen lehren uns die Erfahrungen, insbesondere aus dem Fortbestand der Gewerkschaftsnachweise, daß Gewerkschaftsmitglieder sich der neutralen Nachweise nur in geringem Maße bedienen und vielmehr mit Fähigkeit an ihren Positionen festhalten, und daß gut geleitete Gewerkschaftsnachweise auch erfolgreich zu wirken im Stande sind, schon deshalb, weil sie eine bessere Anleihe qualifizierter Kräfte bieten und weit eher allen tatsächlichen Ansprüchen genügen können, als die meist systemlos gehandhabten Nichtgewerkschaftsnachweise der Kommunen.

Nun sollen zwar die Arbeitervertretungen in den Kommunalnachweisen Ersatz für die verlorrene Gewerkschaftsposition bieten. Aber einmal vermögen neutrale Kommunalnachweise niemals einen vollen Ersatz für richtig geleitete Gewerkschaftsnachweise zu bieten, so lange die Kommunen nicht die Arbeitsbedingungen der Gewerkschaften anerkennen und zur Grundlage der Arbeitsvermittlung machen, und damit hat es in Deutschland gute Wege, — und andererseits vermögen auch die Arbeitervertreter in keinem der Kommunalnachweise den maßgebenden, entscheidenden Einfluß zu üben, den ihnen ihre eigenen Nachweise bieten. Und darauf kommt es doch vor Allem an, denn der Arbeitsnachweis soll nicht bloß jeders beliebigen Arbeitslosen eine beliebige Stellung verschaffen, sondern er soll vor Allem Anhalt und Nachfrage von be-

nach Arbeitskräften in einem dem Arbeiter günstigen Sinne regeln; er soll den gewerkschaftlichen Lohnstandard und die errungenen Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten helfen und dem Lohnrückertum entgegenwirken. Er soll also ein Kampfmittel zu Gunsten der Arbeiter sein, und das kann er nur sein in gewerkschaftlicher Verwaltung. Wohl ließe sich die ideale Möglichkeit konstruieren, daß auch andere Kreise oder Kommunalbehörden sich zur Höhe des Verdienstes und der Anerkennung gewerkschaftlicher Grundsätze aufzuschwingen vermöchten, — wie denn auch der bekannte Londoner Grafschaftsrath seit Jahren eine direkt gewerkschaftsfördernde Sozialpolitik eingeschlagen hatte. Aber ehe man in solchen Fällen Vertrauen schenkt, müßte man doch zuvor sichtbare Beweise dafür verlangen, daß dasselbe auch wirklich angebracht ist, und dann bliebe noch immer zu erörtern, ob die Uebernahme des Arbeitsnachweises durch die Kommunen überhaupt rathsam ist, auch dann, wenn eine arbeiterfeindliche Leitung nicht zu befürchten wäre. Von den deutschen Stadtvertretungen ist uns noch keine bekannt, die sich zur Vertretung gewerkschaftlicher Grundsätze erhoben hätte und die vertrauenswürdig genug sei, als Trägerin einer gewerkschaftlichen Institution ausserfören zu werden, — im Gegentheil haben sich selbst die am meisten im Geruch der Arbeiterfreundlichkeit stehenden Magistrate von Stuttgart und Frankfurt a. M. mehrere Mal in scharfem Gegensatz zu den Gewerkschaften gebracht. Und wollte wirklich eine Kommunalverwaltung den Arbeitsnachweis fördern, so bedürfte es dazu nicht der Neutralisation desselben und seiner Uebernahme in städtische Verwaltung, sondern es würde genügen, in ebensolcher Weise wie manche Stadtverwaltungen gewissen gemeinnützigen Gesellschaften entgegenkamen, auch die Gewerkschaftsnachweise zu unterstützen, sei es durch Vergabe geeigneter Lokalitäten und Utensilien oder durch Selbstsubvention oder durch Beides, wie dies seitens einer Reihe französischer und belgischer Städte den Arbeitsbörsen gegenüber geschehen ist. Die Neutralisation und bureaukratische Verwaltung des Arbeitsnachweises ist weder in prinzipieller, noch in administrativer Hinsicht ein Fortschritt, denn sie verletzt das alte, allein richtige Prinzip, daß der Verkäufer der Waare Arbeitskraft auch die Verkaufsbedingungen zu bestimmen hat, wonach der Arbeitsnachweis also den Arbeitern zugehört, und sie vermag sich auch weit schwerer den technischen, beruflichen Bedürfnissen der Arbeiter und Unternehmer anzupassen; in ihrer antigewerkschaftlichen Handhabung aber bedeutet sie eine direkte Vergewaltigung der Arbeiter.

Dazu kommt, wie wir schon in früheren Jahren konstatiert haben, daß in keinem der Orte, in denen städtische Arbeitsnachweise entstanden sind, auch nur den minimalsten Arbeiteransprüchen Rechnung getragen wurde, trotz der sympatischen Annahme der Arbeiter; vielmehr ist hier den Bestrebungen des Kommunalzualismus dasselbe Schicksal widerfahren, das unseren Arbeiterforderungen in der Reichsregierung widerfährt, daß nämlich die Sozialreform gegen die Wünsche der Arbeiterenschaft durchgeführt wird. Verschiedene in letzter Zeit bewirkte Ausgestaltungen der Kommunalnachweise im Sinne einer Zentralisation derselben beweisen gegen unsere Auffassung nicht das Geringste, denn sie entsprechen lediglich einem geschäftlichen Bedürfnis nach einheitlichem Zusammenwirken und bedeuten für die Arbeiter ebenso viele Nachteile, als Vorzüge. Gerade die Zentralisation der bureaukratischen Nachweise erhöht ihre Gefahr für die Gewerkschaftskämpfe so bedenklich, daß die Gewerkschaften bald Abwehrmaßregeln erörtern müssen, sofern die städtischen Nachweise bei ihren Vermittlungen die gewerkschaftlichen Interessen außer Acht lassen und arbeitswilligen Arbeit vermittelten, unbekümmert darum, ob am Arbeitsorte ein Streik ausgebrochen oder eine Sperre verhängt ist.

Aus diesen Gründen konnte der letzte Gewerkschaftskongress zu gar keinem anderen Resultat gelangen, als die kommunale Arbeitsvermittlung kurzerhand abzulehnen und die Aufrechterhaltung der Gewerkschaftsnachweise zu fordern. Dieser Kongressbeschluss hat manche, vorzugsweise süddeutsche Gewerkschaftskreise, die sich allzusehr mit der Kommunalreform identifiziert haben, enttäuscht, weil sie sich schenken, die Konsequenzen desselben für die Praxis zu ziehen und die städtischen Nachweise sich selber zu überlassen. Aber wenn auch gerade in Süddeutschland die Bureaukratie noch keine so schlimmen Blüten gezeitigt hat, als in Preußen und Sachsen, so ist das noch lange kein Grund, auf ein gewerkschaftliches Kampfmittel zu verzichten, um so weniger, als auch in keiner einzigen süddeutschen Stadt die Verwaltung des Arbeitsnachweises den Arbeitern überlassen ist. Die süddeutsche Bureaukratie (Nürnberg ausgenommen) ist nicht so aggressiv, wie die

norddeutsche, — aber in der Zwiemühle zwischen Unternehmer und Arbeiter hat sie noch stets die Partei der ersteren ergriffen.

Es sind aber nicht bloß überzeugungstreue Gewerkschaftler, die den Arbeitsnachweis als gewerkschaftliche Institution verteidigen und vor der kommunalen Okkupation warnen, sondern auch Gelehrte bürgerlicher Anschauungsweise und selbst Unternehmer. So warnte im Vorjahre der Hamburger Großhändler R. G. May (in Firma Alex. Fahn & Co.), in seinem wirtschaftlichen Jahresbericht 1896, die Arbeiter ganz entschieden davor, den Arbeitsnachweis in die Hände der Kommunen zu legen: „Noch größer wird die Gefahr der jetzigen Bestrebungen, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit mit dem Arbeitsnachweis zu verbinden oder der Kommune aufzuerlegen. Dann werden die Arbeitsnachweise die Arbeitslosen zwingen, in denjenigen Betrieben einzutreten, in welchen jeweilig ein Lohnstreit herrscht.“ Und in einer Streitschrift: „Die Arbeitslosigkeit und die moderne Wirtschaftsentwicklung“\*) erörtert der bürgerliche Sozialist Dr. F. W. Förster eingehend die Bedeutung der Arbeitsvermittlung für die Gewerkschaften und kommt dabei zu dem Schlusse: „Wem es deutlich geworden ist, daß der Ausbau des Gewerkschaftswesens aufs Engste zusammenhängt mit dem Grade der Herrschaft, welche die Arbeiter über das Arbeitsangebot haben, der wird nicht zögern, die oben entwickelten Gesichtspunkte auch auf die Organisation der Arbeitsvermittlung anzuwenden und in der wachsenden Ausbreitung der kommunalen Arbeitsnachweise in Deutschland eine schwere Gefahr für die Arbeiterbewegung erblicken. Der Arbeitsnachweis muß in den Händen der organisierten Arbeiter liegen, damit diese in der Lage sind, die Vertheilung der Arbeitskräfte stets in Fühlung mit der speziellen Bewegung zu halten, d. h. dafür zu sorgen, daß erstrebte oder bereits erreichte Arbeitsbedingungen nicht stets wieder durch das Angebot arbeitsloser Hände heruntergedrückt werden. Daß die Arbeiter sich in dieser Weise ihre Lebenshaltung sichern, liegt nicht bloß im Klasseninteresse, sondern im Interesse der ganzen Kultur. Es ist aber keine Frage, daß sie dazu nicht in der Lage sind, wenn der Arbeitsnachweis in den Händen der Kommune liegt. Natürlich kann man keiner Kommune verwehren, solche Nachweise einzurichten, um so mehr, wenn die Arbeitgeber, wie gewöhnlich in Deutschland, die Majorität in der Stadtverwaltung haben, — aber die sozialgesinnten Gebildeten sollten wenigstens darüber aufgeklärt werden, daß sie nicht in gedankenloser Arbeiterfreundlichkeit Einrichtungen in's Leben rufen helfen, die dem tiefer verstandenen Arbeiterinteresse geradezu entgegenwirken und eine Entwicklung hemmen, die allein im Stande ist, allmählich Ordnung in unser wirtschaftliches Leben zu bringen.“ (Schluß f.)

### Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.

(Schluß.)

Soweit die Schlußfolgerungen, welche im „Musée social“ bezüglich der Wirkung des Kongresses und der in der französischen Gewerkschaftsbewegung vorherrschenden Tendenzen gezogen werden. Das Bild, welches uns in dieser Gesamtübersicht über die Gewerkschaftsbewegung Frankreichs gegeben wird, ist kein sehr erfreuliches. Von den verschiedenen sozialistischen Parteien beeinflusst und von Vertretern dieser Parteien geleitet, vermag die Gewerkschaftsorganisation keine ausreichende Kraft zu entfalten, um die gesteckten Ziele zu erreichen. In drei zentralisirte Gruppen, zu denen die einzelnen Gewerkschaftsverbände oder Lokalorganisationen gehören, gespalten, den Streit über politische Probleme bald offen, bald versteckt in die Beratungen, die naheliegenden wirtschaftlichen Fragen gelten sollen, tragend, werden die Kräfte im Bruderzwist erschöpft und der Kampf gegen das Unternehmertum tritt zeitweilig in den Hintergrund.

Es sind an Vereinigungen, welche mehrere gewerkschaftliche Organisationen umfassen, vorhanden: 1. „Confédération générale du Travail, Sitz Paris, 2. „Fédération nationale des Bourses du Travail en France“, Sitz Paris und 3. „Fédération nationale des Syndicats et groupes corporatifs Ouvriers de France“, Sitz Troyes. Die ersteren beiden Organisationen harmoniren wohl miteinander, und finden die Kongresse der Vereinigung der Arbeiterbörsen in der Regel einige Tage vorher und an demselben Orte statt, an welchem die Confédération der Arbeit ihre Kongresse abhält. Da aber mehr oder weniger die Ziele der beiden Organisationen die gleichen sind und zu der Vereinigung der Arbeiterbörsen auch gewerkschaftliche

\*) Berlin 1898, Verlag für ethische Kultur. 52 Seiten.

Organisationen gehören, so ist, wie auch in den vorhergehenden Schilderungen angedeutet wurde, ein Kollidieren der beiden Verbände nicht ausgeschlossen. In beiden wird das Prinzip zu wahren gesucht, jede politische Erörterung auszuschließen. Aber trotzdem dürfte es auch hier nicht möglich sein, jeden Streit über politische Anschauungen zu vermeiden. So wurde auf dem letzten Kongress der Vereinigung der Arbeiterbörden, der im September 1897 in Toulouse stattfand, versucht, dem Vorstandsbericht einen der anarchistischen Theorie angepaßten Satz einzufügen, nach welchem jede politische Aktion zu verwerfen ist. Die Folge davon war eine weitgehende Debatte über die politische Aktion, deren Ergebnis schließlich die Erreichung des angegebenen Satzes war.

Aber auch die Frage des Generalstreiks ist geeignet, trennend zu wirken. Es scheint unverständlich, wie man der Erörterung einer taktischen Frage, für deren Lösung die Grundlage, die Organisation der Arbeiter, fehlt, eine solche Bedeutung beilegen kann, daß ihre Erörterung fast das ganze Interesse eines Gewerkschaftskongresses in Anspruch nimmt. Besonders, weil in den Organisationen selbst heftige Debatten über Wesen und Zweck des Generalstreiks geführt werden, kann die Erörterung dieser Frage nicht zur Einigung, sondern zur Trennung führen. Auch der letzte Kongress der Konföderation der Arbeit, der vom 20. bis 25. September 1897 in Toulouse stattfand, sprach sich wieder für die Propagierung des Generalstreiks aus. Die Vereinigung der Gewerkschaften, welche ihren Sitz in Troyes hat, ist gegen den Generalstreik und tritt für die Eringung der politischen Macht ein. Diese Organisation scheint aber nicht sehr stark zu sein. Sie hat nach der Trennung, welche auf dem Gewerkschaftskongress in Nantes 1894 erfolgte, nur einen Kongress 1895 abgehalten. In der Oktobernummer 1897 ihres monatlichen, im vierten Jahrgange erscheinenden Organes „Bulletin mensuel de la Fédération nationale“ wurde ein Aufruf zum Anschluß an die Vereinigung erlassen und gleichzeitig das Statut derselben veröffentlicht. Da sowohl über die Tendenzen als auch die Organisation der „Konföderation der Arbeit“ in dem Bericht über den Kongress in Tours ausreichende Angaben gemacht sind, so wollen wir zur Ergänzung auch das Statut der „Fédération nationale des Syndicats et Groupes corporatifs Ouvriers de France“ anfügen.

Es lautet:

**Prinzip-Erklärung:**

Wir erklären, daß die Solidarität und Vereinigung die Grundlage für die Arbeiter sein muß, auf der sie die Forderung ihrer Rechte aufbauen. Aus diesem Grunde haben die Arbeitergewerkschaftskammern Frankreichs, welche demselben Ziele des Fortschritts und der sozialen Reformen zusteuern, beschlossen, eine Föderation zu gründen.

Das Ziel der Föderation ist, die Befreiung aller Derjenigen zu erstreben, welche arbeiten, wirksamer den Kampf zu unterstützen zwischen den entgegengesetzten Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die Kampfkraft der Arbeiter zu erhöhen, um besseren Widerstand leisten zu können.

Art. 1. Der Name der Föderation ist: „Fédération nationale des Syndicats et Groupes corporatifs Ouvriers de France.“

Art. 2. Die Föderation wird vom Conseil national, von örtlichen und regionalen Conseils verwaltet.

Art. 3. Auf jedem Kongress wird der Conseil national aus elf Mitgliedern gebildet, welche den Gewerkschaften und korporativen Gruppen des Ortes angehören, an dem der Kongress stattfindet. Besagte Gewerkschaften und Gruppen sorgen in ihrem Kreise für Ergänzung der eintretenden Bilanz.

Art. 4. Der Conseil national ist beauftragt, die Beschlüsse des Kongresses auszuführen, alle öffentlichen Maßnahmen, welche die Arbeiter interessieren, hervorzuheben und zu besprechen; 3. B. Gesetze, die zu besetzigen sind, Mißbrauch der Amtsgewalt, Monopole etc. Alle nützlichen Maßnahmen sind zu treffen zur Entfaltung der Föderation, die Korrespondenzen und die Aufschlußertheilung soll er zentralisieren und in steten Beziehungen zu den örtlichen und regionalen Conseils, sowie mit den individuellen Gewerkschaften stehen.

Art. 5. Sobald er konstituiert, wird der Conseil national folgende Ernennungen vornehmen: 1. Eine Propagandakommission. 2. Eine Kommission zur Herausgabe des „Bulletin mensuel“. Eine Kommission der Statistik. Er kann auch die Kommissionen vermehren, wenn es der gute Gang der Geschäfte der Föderation erheißt.

Art. 6. Die Propagandakommission ist beauftragt, Alles zu thun, die Föderation und ihre Ziele bekannt zu machen, sei es durch Delegationen, Versammlungen oder Zirkulare.

Art. 7. Die Kommission des „Bulletin mensuel“ ist mit der Verwaltung der Blätter beauftragt, und die Artikel, seien es die der Wahlkreise, seien es die des Conseil national, zu klassieren. Die Abonnierung ist für alle Gewerkschaften und Gruppen, welche zur Föderation gehören, obligatorisch. Der Jahrespreis beträgt Frs. 1,25 (M. 1). In der Wahlperiode muß diese Kommission alle Kandidaturen zu den Gewerbe-gerichten, zu den Municipien, überhaupt zu allen Wahlen, wo Arbeiterinteressen im Spiele sind, verteidigen.

Art. 8. Die Kommission der Statistik stellt alle Dokumente zusammen, welche geeignet sind, die Arbeiter über die französische und ausländische Produktion aufzuklären; sie klassiert alle Aufschlüsse über den Selbstkostenpreis der Rohmaterialien, die Differenzen zwischen diesen und dem verarbeiteten Material, den Preis der fertigen Waaren und was sie auf dem Markte gelten. Sie stellt die Zahl der Löhne, welche an jeder Ortlichkeit gezahlt werden, die Preise der Lebensmittel, Wohnungsmiethe etc. zusammen, mit einem Wort Alles, was zum Leben nöthig ist. Sie stellt die Differenz der gezahlten Löhne mit denen, welche dem Arbeiter zum Nöthigsten gezahlt werden müssen, fest. Die Kreise müssen beständig über die Arbeit dieser Kommission auf dem Laufenden gehalten werden.

Kontrollkommission. Art. 9. Gleichzeitig mit dem Conseil national wird eine Kontrollkommission gewählt, ebenfalls dem Orte angehörig, wo der Kongress stattfindet. Sie besteht aus fünf Personen.

Art. 10. Im Falle der Conseil national seine Befugnisse überschreitet, welche im Statut festgelegt sind, ruft die Kontrollkommission die örtlichen Gewerkschaften zusammen; diese berichten der Föderation, welche als letzte Instanz urtheilt.

Örtliche Conseils. Art. 11. Städte, welche fünf Gewerkschaften oder Korporationsgruppen und darüber haben, haben einen örtlichen Conseil. In Städten, wo eine Union existirt, wird der örtliche Conseil von dieser gebildet. Trotzdem sind die Gewerkschaften frei, sich der Föderation ohne Vermittelung der örtlichen und regionalen Conseils anzugliedern.

Art. 12. Diese Conseils müssen sich in beständigen Beziehungen mit dem Conseil national halten und diesem alle gewünschten Auskünfte ertheilen.

Art. 13. Die örtlichen und regionalen Conseils geben sich ihre Geschäftsordnung selbst.

Art. 14. Betrachtet sind als Verwaltungsfragen folgende: 1. Die Wahl des Bureaus und seine Thätigkeit; 2. das innere Reglement; 3. Propagandamittel; 4. Zulassung von Gewerkschaften und korporativen Gruppen; 5. Streichung wegen nichtgezahlter Beiträge.

Art. 15. Alle Vierteljahr haben die örtlichen und regionalen Conseils dem Conseil national die Zahlen der Gewerkschaften und korporativen Gruppen, sowie die Zahl der Mitglieder und Alles, was die Örtlichkeit oder den Landstrich interessiert, mitzutheilen.

Art. 16. Im Streitfalle zwischen einer Gewerkschaft und dem örtlichen Conseil kann die Gewerkschaft Berufung beim Conseil national einlegen. In letzter Instanz entscheidet der Kongress.

Art. 17. In jedem Orte, an welchem ein örtlicher oder regionaler Sitz ist, wird eine Kontrollkommission von fünf Mitgliedern ernannt, welche dieselben Befugnisse hat, wie der Conseil national. Sie wird in derselben Weise ernannt. Im Falle schlechter Verwaltung ruft sie den Conseil national an.

Art. 18. Die Conseils, örtlich oder regional, erhalten ihre vollständige Selbstverwaltung in Betreff der Besteuer ihrer Mitglieder.

Art. 19. Sie zahlen an den Conseil national pro Monat und Gewerkschaft oder Gruppe 50 Cent.

Art. 20. Die individuellen Gewerkschaften, welche keine Conseils besitzen, senden ihren Monatsbeitrag in obiger Höhe direkt an den Conseil national. Ueber die Streichung dieser Gewerkschaften im Nichtzahlungsfalle trifft der Conseil national die Entscheidung.

Kongresse. Art. 21. Alle Jahre findet ein nationaler Kongress statt. Der Ort wird durch den vorhergehenden Kongress bestimmt. Wenn die erwähnte Stadt den Kongress zurückweist, so wählt der Conseil national eine andere.

Art. 22. Der Tag, die Dauer, sowie die Tagesordnung des Kongresses werden nach vorheriger Uebereinkunft mit dem Conseil national des Ortes festgesetzt, an dem der Kongress stattfindet.

Art. 23. Um als Delegirter anerkannt zu werden, muß man aktives Mitglied einer Gewerkschaft oder korporativen Gruppe sein und die Profession ausüben, welche auf dem Mandat, welches den Eintritt zum Kongress gestattet, vermerkt ist.

Art. 24. Fragen, welche zur Diskussion gestellt werden sollen, müssen von den Gewerkschaften drei Monate vor Eröffnung des Kongresses

dem Conseil national zugesandt werden. Dieser klassirt und überendet sie dem organisirenden Conseil, welcher wiederum die Tagesordnung nach der Klassirung festsetzt.

Art. 25. Die Föderation kann internationale Kongresse einberufen.

Streiks. Art. 26. In Anbetracht der Selbstständigkeit jeder Gewerkschaft, hat auch jede die Freiheit, den Streik zu erklären, doch soll so schnell wie möglich dem Conseil national Mittheilung gemacht werden. Dieser wird, wenn die Klasse es erlaubt, alle Maßnahmen treffen, um einen Erfolg zu erzielen.

Wie stark die einzelnen Organisationen sind, ist von diesen nicht angegeben. Die „Konföderation der Arbeit“ scheint im letzten Jahre an Umfang zugenommen zu haben, denn während 1896 in Tours 826 Gewerkschaften vertreten waren, wies der Kongress von Toulouse 1897 1300 vertretene Gewerkschaften auf. Ueber die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften fehlt jede Angabe. Das französische Handelsministerium gibt in seinem neuesten Jahrbuch an, daß am 1. Juli 1896 in 2243 Gewerkschaften 422 777 Mitglieder waren. Ferner wurden an demselben Tage 1731 Unternehmerorganisationen mit 141 877, 170 gemischte Organisationen mit 30 333 und 1275 landwirtschaftliche Organisationen mit 423 492 Mitgliedern gezählt. Am 1. Juli 1895 waren 2163 Gewerkschaften mit 419 781 Mitgliedern vorhanden, so daß für 1895/96 eine geringe Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen war. Wenn die genannten Organisationsgruppen die nöthige Steitigkeit erlangt haben, werden sie wohl auch eigene Angaben über den Stand ihrer Mitglieder und die Verwaltung in den Organisationen machen. Um das Bild so viel wie möglich zu vervollständigen, wollen wir noch eine Uebersicht über die Gewerkschaftskongresse, die in Frankreich stattfanden, geben:

**Allgemeine Gewerkschaftskongresse.**

1. Kongress in Lyon Oktober 1886.
2. " " Montluçon Oktober 1887.
3. " " Bourdeaux Oktober 1888.
4. " " Calais Oktober 1890.
5. " " Marseille September 1892.
6. " " Nantes September 1894.

Von hier ab Kongresse der „Konföderation der Arbeit“.

7. " in Limoges September 1895.
8. " " Tours September 1896.
9. " " Toulouse September 1897.

Die „Fédération nationale etc.“ hielt bisher nur einen Kongress, und zwar im September 1895, in Troyes ab.

**Kongresse der „Vereinigung der Arbeiterbörden.“**

1. Kongress in Saint-Etienne Februar 1892.
2. " " Toulouse Februar 1893.
3. " " Lyon Juni 1894.
4. " " Nîmes Juni 1895.
5. " " Tours September 1896.
6. " " Toulouse September 1897.

**Aus England.**

**Für Adhärenzbewegung der englischen Maschinenbauer.**

C. London, 27. Januar 1898.

Mit der Ablehnung der von den Unternehmern an die Arbeiter gestellten Forderungen betreffs der Maschinenfrage etc. kam der Maschinenbau zu Ende und weitere Ausbesserungen wurden angelehnt und auch ausgeführt. Die Beilegung des Streiks schien noch in weiter Ferne zu sein. Vorausgesetzt, daß es nicht an Unterstützungsgeldern fehlte, hätte man doch auf der am 1. Januar abgehaltenen Nationalkonferenz der Trade Unions beschloßen, die Ausgeperrten bezw. Streikenden zu unterstützen und einen dahingehenden Antrag, einen Minimal-Extrabeitrag von 3 d per Kopf aufzubringen, einstimmig angenommen. Mit der Ausführung dieses Beschlusses sah es jedoch anders aus. Die erwartete Unterstützung blieb aus und sahen sich darauf hin die Vorstände der betreffenden Unions veranlaßt, die Adhärenzbewegung zurückzuziehen und die Unternehmer zu eruchen, auch ihrerseits die Ausbesserung aufzuheben, zu der der Unternehmer-Verband geirritet hatte, als die bekannten 3 Londoner Firmen mit Streik belegt wurden. Die Unternehmer lehnten dieses jedoch rundweg ab und wollten ihre Werke nicht eher öffnen als bis die von ihnen gestellten Forderungen betreffs Beschäftigungsfreiheit, Maschinenfrage, Verhütung von Stürken etc. mit den von Oberst Dyer gemachten Notizen und Erläuterungen angenommen werden. Die sinkenden Fonds, die immer weniger einfließenden Extrabeiträge der Mitglieder der betreffenden Unions und die nicht genügende Unterstützung seitens der nicht im Kampfe stehenden Unions, zwang die Maschinenbauer, Werkzeugmacher, Mechaniker etc. die Forderungen der Unternehmer, die am 27. Dezember v. J. abgelehnt wurden, mit der Empfehlung zur Annahme zur abermaligen Abmahnung zu bringen. Die Abmahnung ist augenblicklich im vollen Schwunge, doch scheinen sich viele Mitglieder der Abmahnung zu enthalten. Die bereits vorliegenden Resultate sind wie folgt:

für die Vorschläge der Unternehmer: gegen:		
Chatam	86	9
North Leeds	89	10
Gull	16	134
Oldham	184	26
Darford	30	19
SammerSmith	26	16

Die Mitgliederzahl obiger Distrikte ist etwa 3000. Daß die Vorschläge angenommen werden, ist so ziemlich gewiß, doch bedeutet das keinesfalls die Wiederaufnahme der Arbeit so ohne Weiteres. Denn zweifelsohne werden die Unternehmer die Ausgesperrten bzw. Streikenden nur theilweise wieder einstellen, um so viel wie möglich die Kassen der Arbeiter gänzlich zu erschöpfen. Es zeigt dieser Streik wieder, wie wenig Erfolg ein partieller Streik hat. Was kümmert es z. B. Siemens, wenn seine Mechaniker oder Maschinenbauer streiken — denn das Kabelwerk arbeitet weiter. Armstrong sperrt seine Maschinenbauer aus — die Kesselschmiede bleiben darin. Und so auf der ganzen Linie. Der internationalen Koalition der Kapitalisten muß eine internationale Koalition der Arbeiter gegenübergestellt werden, um mit Erfolg mit den Ersten rechten zu können.

**C. London, 29. Januar.**

Eine endgültige Konferenz zwischen Unternehmerverband und Arbeitern fand Freitag, den 28. Januar, statt. Die Unternehmer waren vertreten durch Oberst Dyer, Vorsitzender, Mr. R. Sinclair Scott, Vizevorsitzender, Sir B. Browne, Mr. George Clarke, Mr. J. H. Wilson, Mr. A. Siemens und die Sekretäre; die Arbeiter durch Mr. High, J. Hudson und G. Barnes. Das Gesamtergebnis der Abstimmung, das 28,588 Stimmen für und 13,727 gegen die Vorschläge des Unternehmerverbandes ergeben hat, wurde der Konferenz vorgelegt und von den Vertretern der Ausgesperrten bzw. Streikenden die Vorschläge und Forderungen der Unternehmer unterzeichnet. Die Arbeit wird am Montag, 31. Januar, wieder aufgenommen und zwar werden zuerst 25 Prozent der Ausständigen wieder eingestellt. Sollten jedoch die Arbeiter in irgend welchen Distrikten sich diesen Bedingungen nicht fügen, so wird aufs Neue die Aussperrung verhängt. Einige Firmen werden mit einigen Ausnahmen sämtliche Arbeiter wieder einstellen.

Die Thames Iron Works (Thames-Eisenwerke), deren Arbeiter den Achtstundentag haben, ersuchten um Aufnahme in den Unternehmerverband. Die Direktoren wurden mit dem Bescheid: so lange sie die 8 Stunden aufrecht erhielten, nicht zugelassen werden zu können, einstimmig abgewiesen.

Seit der Zurückziehung der Achtstunden-Forderung sind bereits einige Firmen auf die 54 Stunden zurückgekommen. — 4 Beamte der Trade Unions wurden von den Superintendanten der Regierungs-Werft von Portsmouth auf Befehl der Admiralität entlassen, weil sich dieselben in einer Versammlung über die Sklaverei in den Regierungswerkstätten geäußert hatten.

Eine Statistik der Trade Unions von 1896, die soeben erschienen ist, gibt die Zahl sämtlicher Trade Unions auf 1330 mit 1,487,562 Mitglieder an, wovon die 100 größten Unions 966,953 Mitglieder haben.

An Unterstützung haben diese 100 in 1896 ausgegeben 1,239,230 Pfd. St. Davon fallen auf: Arbeitslosigkeit 950,277, Streiks 155,128, Krankengeld 246,388, Altersversorgung 141,983, Sterbegeld 75,395, andere Unterstützungen 64,681, Buchführung u. 273,428.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Hierdurch ersuchen wir die Ortsverwaltungen, sowie diejenigen, welche vom Vorstand Protokolle der 3. ordentlichen Generalversammlung bezogen und über dieselben mit uns noch nicht abgerechnet haben, dies unverzüglich zu thun. Der Erlös für die verkauften Protokolle ist sofort an unseren Kassier, H. Werner, Reichstr. 160, einzufenden, wobei auf dem Postabschnitt zu vermerken ist, für was der Betrag vereinbart wurde. Die nichtabgegebenen Protokolle sind, sofern auf einen Verkauf nicht mehr gerechnet werden kann, nach hier einzufenden, im anderen Falle ist Mittheilung an den Vorstand erforderlich.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- 2732 des Zeugschmieds Karl Bergner, geb. zu Rürnberg am 19. August 1862.
- 140481 des Messerschmieds Eugen Ullmer, geb. zu Zuttlingen am 20. Januar 1876.
- 145124 des Schlossers Hermann Schäfer, geb. zu Büdingen am 15. Dezember 1877.
- 161255 des Stanzers Paul Köbel, geb. zu Gajpitz am 15. Dezember 1866.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7a und b des Statuts, auf Antrag der Verwaltungsstelle Frankfurt: Der Schlosser Hermann Heise, geb. zu Oberpöck am 12. Juli 1870, Buch Nr. 5532, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern und unzeitmäßiger Verbuchung.

Spez. Seit der Klemper: Franz Pedina, geb. zu Heidenburg am 24. März 1870, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Stettin-G.: der Metallarbeiter Rudolf Pöplow, geb. zu Stettin am 17. September 1874 wegen Straftat.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind an:

**Erhard Werner, Statigari, Reichstrasse 160II,** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

**Allgemeine Franken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter**

(G. B. 20, Hamburg).

laut Beschluß der letzten Generalversammlung findet die nächste Generalversammlung im Frühjahr 1898 statt. Nach § 27 Abs. 6 des Statuts sind die Kosten durch eine vom Vorstande auszuscheidende Extrasteuer aufzubringen, welche in allen Klassen 40 J beträgt.

Die Marken zum Quittiren dieser Steuer sind bereits an die Ortsverwaltungen gesendet und werden die letzteren, welche die Marken etwa noch nicht erhalten haben sollten, aufgefordert, sofort bei der Hauptverwaltung zu reklamieren.

Mit der Erhebung der Steuer ist unverzüglich zu beginnen. Die Marken sind weiß, mit karminrothem Druck und der Jahreszahl 98 versehen; nur diese sind als Quittung für die Abgeborenensteuer gültig. Für je 20 J wird eine Marke eingeklebt und zwar auf den Raum über den Beitragsrubriken im Mitgliedsbuche, in welche die Marken für die Beiträge pro 1898 eingeklebt werden. Jedes Mitglied ist verpflichtet, diese Steuer von 40 J zu zahlen, und zwar nicht nur die Mitglieder, welche zur Zeit der Kasse bereits angehören, sondern auch diejenigen, welche noch vor dem 1. Juni 1898 beitreten.

Weitere Bekanntmachungen in Bezug auf die Generalversammlung erfolgen in nächster Zeit und bemerken wir vorläufig nur, daß sie in der Woche nach Pfingsten in Mannheim stattfinden wird.

Hamburg, 29. Januar 1898.

Mit Gruß

Der Vorstand.

**Korrespondenzen.**

**Formen.**

**Heilbronn.** In der Maschinenfabrik und Eisengießerei von Wolf u. Co. sind Lohnhöhen ausgedehnt. Bezug von Formen ist daher fernzuhalten.

**München.** Am 16. Januar fand im Restaurant St. Peter eine Versammlung der Sektion der Formen statt. Stollge Freisinger erbat den Kassenbericht, der für richtig befunden wurde. Nach Wahl der Unterkassier für die verschiedenen Werkstätten gab der Vorsitzende bekannt, daß ab 1. Januar die angenommene Beitragserhöhung in Kraft tritt und erjudet um Vorschläge, wie dieselbe quitiert werden sollte. Ein Antrag, wöchentlich 25 J zu erheben und bei Monatschluß mit einer Extramarke zu 20 J zu quittieren, fand einstimmige Annahme. Hierauf gab der Vorsitzende bekannt, daß in der letzten gemeinschaftlichen Sitzung der Beschluß gefaßt wurde, ein Agitationskomitee für ganz Südbayern zu bilden, wozu jede Sektion einen Mann stellen muß. Bei der Wahl wurde der Vorsitzende Seiler einstimmig hierzu gewählt. Hierauf rügte Becher den Fremdenzulauf in den verschiedenen Werkstätten, wo gerade immer die Unorganisirten und erst zum Reizezeit Organisirten die ansässigen Kollegen fortwährend anzupöbeln und erjudet eine Klasse zu gründen, aus der dann ein Sozialgesetz auszubezahlt werde.

Seiler stellte hierauf folgenden Antrag: Es möchten jedem durchreichenden Kollegen, der ein halbes Jahr Mitglied des D. M.-V. ist, 60 J als Sozialgesetz auszubezahlt werden und diese erwachsenden Auslagen die Sozialkassen tragen. Unterstützungsbedürftig sind jedoch nur die oben angeführten Kollegen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und ist dieser Beschluß am 16. Januar in Kraft getreten. Als Ausbezahlter hierfür wurde Matth. Böll ernannt und ist derselbe Mittags von 12—1 Uhr um Abends von halb 7 bis 8 Uhr in seiner Wohnung, Pariserstr. 31, II, L, zu sprechen.

**Klemper.**

**Chemnitz.** Am 29. Januar sind 41 Klemper der Fahrradfabrik von Herrn Niemann in Gohlitz in den Ausstand getreten, da wiederholte Lohnreduktionen vorgenommen wurden. Den Kollegen, sowie dem Arbeiterausschuß, welche bei dem Chef vorstellig wurden, wurde erklart: „Wenn es nicht paßt, solle seine Wege gehen“, worauf die Klemper die Fabrik verließen. Es wird nun erjudet, den Zugang von Klempern von Chemnitz streng fern zu halten, damit die Kollegen ihren gesetzlichen Forderungen Geltung verschaffen können. Anfragen sind zu richten an Stob. Krause, Chemnitz, Döbnerstr. 36, III.

**Frankfurt a. M.** In der Mitgliederversammlung der Sektion der Spengler und Installateure vom 15. Januar wurde als Vorsitzender Gustav Löff, als Kassier Anton Müller, zu Kassieren L. Deuper, J. Kärberger und J. Schmitt gewählt.

**Bahn a. H.** Am 18. Januar fand im Luisenpale eine öffentliche Versammlung der Klemper u. v. B. statt zwecks Gründung einer Vereinigung. Verschiedene Kollegen begrüßten die Gründung einer neuen Vereinigung und legten in klaren Worten dar, daß die neue Vereinigung die Arbeiter noch mehr zersplitterte und darum dem Unternehmertum eine willkommenere Sache sei. Es sei Pflicht eines jeden auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiters, sich mit dem D. M.-V. anzuschließen. Die Versammlung sollte den Rednern reichen Beifall und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 18. Januar stattgehabte Versammlung der Klemper u. v. B. erklärt sich mit den Ausführungen der Redner voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, Mann für Mann dem D. M.-V. beizutreten.“ Nachdem der Vorsitzende noch die versammelten Zahlstellen des Verbandes bekannt gemacht hatte, schloß derselbe die Versammlung mit einem Hoch auf den D. M.-V.

**Hamburg.** Ueber die Firma August Goldschmitt wurde die Sperre verhängt. Zugang fernhalten.

**Leipzig.** Eine öffentliche Versammlung der Klemper fand am 18. Januar im Coburger Hof statt. Ueber Volksernährung, Erziehung und Bildung hielt Genosse Reusch einen interessanten Vortrag. — Wegen des Winterurlaubes ging ein Antrag ein, es am 12. März in der Flora abzuhalten und ein Komitee von 9 Mann dazu zu wählen. Der Antrag wurde angenommen und das Komitee beauftragt, zu gleicher Zeit ein Lokal für das Sommerfest zu besorgen.

besorgen. Beim letzten Punkt bittet die Werkstellensmission um Rückgabe der Fragebogen, um Material in Händen zu haben, denn ohne solches sei kein Arbeiten möglich. Auch ist es Pflicht eines jeden Kollegen, der Kommission die Arbeit zu erleichtern und ihr die bestehenden Mißstände mitzutheilen. Im Uebrigen wird angeführt, daß beim Klempermeister Uhe ein Kollege für 27 1/2 J pro Stunde arbeitet, weiter beim Klempermeister Wagner ein verheiratheter Kollege für 35 J. Da dieser damit nicht anständig auskommen kann, sucht er sich eine weitere Erwerbquelle dadurch, daß er in der Nachbarschaft auf eigene Faust nach Feierabend arbeitet, wodurch er natürlich seinen Kollegen bei den Meistern die Arbeit bedeutend unter Preis wegnimmt. Bei der Firma Schacht u. Hilbrandt-Guttrich sollen Kollegen für 28 J Stundenlohn arbeiten, auch soll ihnen seitens des Geschäftes das Lesen der Volkszeitung unterjagt sein. Zum Schluß wurden dem frankten Kollegen Schröder 30 M aus dem Unterstützungsfonds bewilligt.

**Metall-Arbeiter.**

**Cöthen.** In der Zusammenkunft der Einzelmitglieder am 15. Januar wurde einstimmig A. Sommer als Vertrauensmann wiedergewählt. Bei Verlegung des Versammlungslokals führte der Vertrauensmann aus, daß es Pflicht aller gewerkschaftlich und politisch organisirten Arbeiter ist, nur solche Lokale zu besuchen, welche den Arbeitern in Ausübung ihres Vereinigungsrechtes zur Verfügung stehen. Da wir nun hier in Cöthen jetzt ein solches Lokal haben („Gasthof zum gold. Engel“), so ist es nur folgerichtig, wenn wir dieses unterstützen und nach dort übersiedeln. Obwohl sich kein grundsätzlicher Widerspruch geltend machte, wurde doch diese Angelegenheit bis zur nächsten Zusammenkunft vertagt, damit möglichst allen Kollegen Gelegenheit gegeben werde, sich hierzu zu äußern.

**Breslau.** Am 16. Januar fand eine Versammlung der Metallarbeiter statt. In derselben sprach Genosse Heine über die Entwicklung der Gewerkschaften Deutschlands in den letzten 10 Jahren. Er schilderte in einer glänzenden Rede unsere ganzen Organisationsverhältnisse, wie sie sich im Laufe der Jahre gestaltet. Insbesondere waren seine Ausführungen in Bezug auf die Kämpfe der letzten Jahre sehr interessant und belehrend; sie zeigen, daß die Gewerkschaften sich immer mehr kräftigen und allen Unterdrückungen zum Trotz eine immer größer werdende Macht bilden. Dem Vortrag folgte auch eine sehr lebhaft Debatt, die in der Folge noch manche Frage brachte, weshalb die Versammlung wegen vorgerückter Stunde vertagt wurde. Darauf schloß die Versammlung mit dem Hinweis, daß sich die Kollegen fernerhin pünktlicher einfinden sollen, als sie es in der Gewohnheit haben, Jeder muß sich dies zur Pflicht machen.

**Essen.** Wegen Maßregelung eines Kollegen ist Zugang von Drehern zu Otto Schwade, Pumpenfabrik, fernzuhalten.

**Hera.** 27. Jan. Sämtliche Schlosser, Dreher u. Klemper der Firma Brömme u. Viele in der Hospitalstraße haben getrennt die Arbeit eingestellt. Der Grund hierzu liegt nicht in Lohnrückstellungen, sondern in dem unausstehlichen schulmeisterlichen Auftreten eines Buchhalters, der früher Schulmeister war. Warum er es jetzt nicht mehr ist, wissen wir nicht. Am Dienstag hatte bereits der Meister gekündigt, weil das Auftreten des Lehrers a. D. nicht mehr auszuhalten war. Die gesamten Arbeiter haben dann einstimmig die Entlassung des betr. Buchhalters und die Nichtannahme der Kündigung des Meisters verlangt. Während Herr Brömme, von dem die Arbeiter nur mit Achtung sprechen, sich zu der Sache gar nicht äußerte, erklärte sein Geschäftstheilhaber kategorisch, der Buchhalter bleibe, und wenn das nicht passe, der solle gehen. Daraufhin haben dann sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. In der Fabrik wird eine Spezialart Milchenträumungsmaschine hergestellt. Die Ausständigen ersuchen die gesamte Arbeiterschaft, insbesondere die Schlosser, Dreher und Klemper um Beteiligungs ihrer Solidarität.

**Sachsen-Ernstthal.** Am 16. Januar fand hier eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Karl Niemann über die Lage der Metallarbeiter, besonders über die der Nabelmacher, referirte. Der Redner bewies an der Hand des ihm zugestellten Materials, daß die Nabelmacher zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern in der Metallbranche gehören und führte denselben den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation treffend vor Augen. An der sich anschließenden regen Diskussion beteiligte sich u. A. ein Kollege, welcher ausführte, daß es bei der Firma Haase in Hohenstein nur täglich dreimal frisches Trinwasser gäbe. Bei dem Schlußworte des Referenten verfiel die Versammlung noch der polizeilichen Auflösung, da der Vorsitzende den von dem abertwachenden Beamten wegen angeblichen zu scharfen Sprechens angeordneten Ordnungsruf nicht ertheilte.

**Hamburg.** Wie es in den Köpjen der Firch-Dunder'schen pußt, ist zwar allgemein bekannt, doch folgendes Stückchen von einem im Vorstand sitzenden Hamburger Mitglied dieser Spezies soll den Kollegen nicht vorenthalten werden. Betreffender, thätig in einer Hamburger Maschinenfabrik, wurde, wie einer seiner Arbeitskollegen, nach einer Brauerei, angeblich zur Ausführung von Montagearbeiten, geschickt. Dort angekommen, wurde selbigem bekannt, daß vor einigen Stunden sämtliche Arbeiter der Brauerei in Ausstand getreten waren, und er nicht Montagearbeiten, sondern die Weiterführung der Betriebsmaschinen besorgen sollte. Der Empfang von Seite der Brauereidirektion war ein sehr freundlicher, wie er Arbeitswilligen gegenüber immer ist. Selbst Betten ufm. sollten zur Verfügung gestellt werden. Das Herz des Firch's wurde denn auch so warm, daß er seine Gefühle seinem Kollegen gegenüber äußerte, welche Freundschaft dieser mit jenemdem Unbau lohnte. Mit gewöhnlichen Arbeitern erkläre ich mich nicht solidarisch, ich habe drei Jahre gelernt, da kann ein gewöhnlicher Arbeiter nicht auf gleicher Stufe mit mir stehen. — Wirklich, man merkt's, auf wie hoher Stufe die Firche stehen.

**Lehrerhausen.** Am 23. Januar fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle statt. Als die Abhaltung eines Balles geregelt wurde, die Klauheit einiger Kollegen in Betreff des Bezahleus gezeigelt und die Ortsverwaltung ev. der Kassier beauftragt, die bisher gelübte Rücksicht den sämmtigen Zahlern gegenüber nicht mehr zu beobachten.

**Kalk.** Am 8. Januar fand in unserem Vereinslokal eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Die Thätigkeiten der katholischen Arbeitervereine und die Gründung christlicher Gewerkschaften. Das Referat hatte unser Kollege Forrath übernommen. Derselbe führte in fast einstündigem Vortrag Folgendes aus. Man sei jetzt allenthalben daran, neben den Gewerkschaften, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, auch „christliche“ zu gründen. Da die geistlichen Leiter und Vormünder der katholischen wie der evangelischen Arbeiterbevölkerung sehr, daß ihre konfessionellen Arbeitervereine nicht mehr ziehen und die Arbeiter auch endlich einmal Thaten und nicht leere Worte hören und sehen wollen, so sei man in die mißliche Lage gedrängt, dem Volke etwas zu bieten. Auch hier in Kalk sei man in letzter Zeit daran, christliche Arbeiterverbände zu gründen und habe man mit einem Verbanne der Maurer den Anfang gemacht. Es würden den Leuten großartige Versprechungen gemacht in Betreff ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Arbeiterschutzgesetzgebung. Daß aber die christlichen Arbeitervereine auch nicht im geringsten gesonnen sind, etwas im Interesse der Arbeiter zu thun, hat sich schon oft hier in Kalk bewiesen. Der Referent schloß mit der Bitte an die Anwesenden, sich nur dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande anzuschließen. Als erster Diskussionsredner meldete sich Kollege Erker zum Wort. Er führte aus, daß er kürzlich verschiedene christliche Versammlungen besucht habe, er habe aber nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß die christlichen Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter so vertreten, wie es der wirtschaftliche Umschwung der heutigen Gesellschaft erfordere. Die christlichen Arbeiter würden durch allerhand Mittel zusammengedrückt, es würden ihnen Versprechungen gemacht in Bezug auf Zuschuß- und Unterstützungsleistungen, aber damit seien die Arbeits- und Lohnverhältnisse auch nicht im geringsten verbessert. Kollege Schulz führte aus, daß ein vor ganz kurzer Zeit in Trier vorgekommener Fall ein sehr beachtenswertes Licht auf die christlichen Arbeitgeber werfe. In der Druckerei des Kaplans Daubach, in welcher nur fromme Hälften gedruckt werden, wurde vor einigen Wochen das Personal vorstellig, indem es bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen forderte. Der fromme Herr schlug ihnen Alles rundweg ab, hierauf legten alle Arbeiter der Druckerei die Arbeit nieder. Der Geschäftsführer des Kaplans erklärte dem Daubach nun, daß andere Buchdrucker den Tarif anerkannt hätten; darauf sagte der Kaplan, daß er ihn auch anerkenne, daß er aber seine alten Arbeiter als entlassen betrachte.

**Höln-Chrenfeld.** In der hiesigen Elektrizitätsaktiengesellschaft „Helios“ brachen am 15. Januar Differenzen aus, die aber durch Bewilligung der Forderungen von Seiten der Direktion beigelegt wurden. Es handelte sich um die Dreherlei. Der seit Neujahr neu eingestellte Drehmeister suchte die Akkordpreise immer mehr herunterzudrücken. Von 21 Drehern waren sich 18 einig, hiergegen Front zu machen. Von diesen gehörten 14 dem D. M. A. an. Veranlassung gab die sofortige Entlassung von 3 Drehern, die sich gegen die Vordrucker wehrten. Als die Direktion sah, daß die Dreher gemeinsame Sache mit den Entlassenen machten, wurde die Kündigung zurückgezogen. Die Dreher holten sich für den Nachmittag alle Urlaub und schickten eine Kommission aus ihrer Mitte von 3 Mann, die die Forderung stellte: Bewilligung der alten Akkordpreise oder eines Stundenlohnes von 50 A. Die Direktion lehnte dieses ab und bemerkte, wer Montag, den 17. d. M., nicht zur Arbeit kommt, ist entlassen. Darauf beschloßen die Dreher, am Montag sämtlich zu kündigen. Die am Abend stattgefundene Versammlung der hiesigen Filiale erkannte die Forderung der Dreher als gerecht an und versprach mit allen gesetzlichen Mitteln den Drehern beizustehen. Wie schon bemerkt, kam es hierzu nicht, da die alten Akkordpreise am Montag Morgen bewilligt wurden. Wir sehen aber den Frieden als einen keineswegs gesicherten an und warnen sämtliche Dreher davor, auf etwaige Annoncen der Firma hierher zu kommen; denn unter den hiesigen Drehern ist die Firma so bekannt, daß keiner mehr dahin geht. Im verfloßenen Jahre haben allein 190 Dreher in der Fabrik aufgehört. Aus Diefem sehen wir wieder, daß ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiter einer Direktion wohl noch imponieren kann, zumal wenn ein starker Verband dahinter steht. Im Anschluß hieran richten wir nochmals die ernste Mahnung an alle Metallarbeiter Ehrenfelds: Tretet dem D. M. A. bei, denn die Verhältnisse in den anderen Fabriken sind keineswegs besser wie bei „Helios“. Wartet nicht, wie das leider fast immer der Fall ist, bis die Noth Euch zwingt, dem Kapital ernsthaft Widerstand zu leisten, sondern organisiert Euch bei Zeiten. Einen Wochenbeitrag von 20 A kann Jeder erbringen, denn bedankt, nur eine gut fundierte Kasse macht unseren Verband stark. — Unsere Mitgliederversammlungen finden jeden Samstag Abends 9 Uhr bei Herrn Jungblut, Rothhausstr. 5, statt.

**Köln.** In der am 15. Januar abgehaltenen Versammlung der allg. Verwaltungsstelle wurden in die Ortsverwaltung gewählt: A. Fenske als 1., R. Lohse als 2. Bevollmächtigter, als 1. Kassierer R. Kreimeyer, als 2. R. Appel, als Revisoren: Helmke, Voges, Kamfer, als Bibliothekar: Gille und Schläter. Auf Antrag Kreimeyer ward beschlossen, den Sonntag nach den Versammlungen die Feststunde ausfallen zu lassen. Also nur alle 14 Tage ist Feststunde. Angenommen wurde noch ein Antrag von R. Gille: Jedes Mitglied, welches zur Feststunde kommt und keinen Bibliothekar vorfindet, hat sich zur Kontrolle beim Wirth zu melden. Als Kolporteurs wurden Fied und Hühne gewählt.

**Leipzig (West).** Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung fand am 26. Januar im Restaurant Schwardt, Leipzig-Plagwitz, statt und beschäftigte sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Firma G. L. Demler in Plagwitz, dem Verhalten der noch bei der Firma beschäftigten Kollegen und der Maßregelung zweier am Sonnabend entlassenen Schlosser. Kollege Scheib führt an, daß die Lohnverhältnisse dort früher auch nicht bessere gewesen sind als heute. Es sind früher 80 A Stundenlohn bezahlt worden, und außerdem hat es ein Vergütungssystem gegeben, so daß ein Arbeiter 2 oder 3 A pro Woche als Vergütung ausgezahlt bekam. Dieses ist aber gefallen in Folge des Eintretens eines neuen Kompagnons im Jahre 1896, bez in dieser Hinsicht die alten und faulen Lohnverhältnisse besserte. Jetzt stehe für die Fabrik ein neues Geld offen auf dem

Maschinenmarkt, und für die Arbeiter sei ein besserer Lohn zu erzielen. Sie ließen es nur an der nötigen Courage fehlen, an dem Verlangen nach einem besseren Lohne, das den Chefs vorzulegen sei. Weiter führt er an, daß Leute und ein Lehrling 48 Stunden hintereinander gearbeitet hätten und bezeichnet die Unfordebarkeit als Vorarbeit. In der Diskussion sprach der Kollege Dehlschlägel, für die Firma Partei nehmend; er wurde aber in allen seinen Ausführungen treffend von den folgenden Rednern widerlegt. Schlagend weist Kollege Wistner Dehlschlägel zurecht und Scheib regt an, daß Anträge eingebracht werden, die Lohnverhältnisse zu bessern. Kollege Krieger spricht über seine Entlassung und gibt an, daß, als er gefragt habe, warum er entlassen würde, Herr Bänisch ihm geantwortet habe, weil er Bevollmächtigter vom deutschen Metallarbeiter-Verband sei; er wolle Ruhe in seinem Hause haben. Weiter regt er an, einen Arbeiterauschuß zu wählen, der vorstellig wird. Es wird eine Kommission von 5 Mann gewählt, der ein Antrag mit auf den Weg gegeben wird, wonach Leute von 18—22 Jahren nicht unter 35 A zu arbeiten haben und die Pfennigzulage beiseite zu lassen ist, und daß sie in einem halben Jahre, wenn ihre Leistungen befriedigende sind, einen Mindestlohn von 40 A pro Stunde erreichen.

**Strasbourg i. Elz.** In der letzten Mitgliederversammlung des D. M. A. wurden in die Ortsverwaltung gewählt: G. Bippel als Bevollmächtigter, P. Kind als Kassierer, H. Babla als Schriftführer, E. Jenn und R. Weis als Revisoren. In der Mitgliederversammlung vom 5. Januar wurde als Delegierter in's Kartell H. Babla, als Stellvertreter F. Knöbel gewählt. — Die Mitglieder werden ersucht, behufs Umänderung der Ortsnummern in die nächste Versammlung die Mitgliedsbücher mitzubringen. Ebenso sei hierdurch bekannt gegeben, daß vom 1. Februar ab die Reiseunterstützung in der Herberge von H. Schwab, Alte Korn-gasse 1, Abends von 8—9 Uhr ausbezahlt wird.

**Stralsund.** In der Versammlung des D. M. A. am 8. Januar wurden in die Ortsverwaltung gewählt: als Bevollmächtigter Steffen, als Kassierer Eredel, als Revisoren Schäfer, Kugel und Wagerengel. Reisegeld zählt aus 200 Mark, Wörderstraße 1. — Injere Zahlreiche macht augenblicklich einen recht traurigen Eindruck. Es sind zwar 40 Mitglieder am Orte, aber unsere Versammlungen werden sehr schlecht besucht. 10—13 Mann sind da, wovon die Hälfte erst um 10 Uhr kommt. Vor Allem müssen wir die Mechaniker an ihre Pflicht erinnern; als diese im Sommer eine Lohnforderung in der Wagenlampenfabrik stellten, haben sie, daß der Metallarbeiter-Verband doch Nutzen für sie hätte, es ließen sich auch gleich ca. 20 Mann anschließen und besuchten auch die Versammlung. Als die Forderung bewilligt war, ließ sich fast keiner mehr sehen. Die Folge ihrer Laune ist, daß sie aus der Fabrik nach und nach herausgedrängt und dafür Arbeiter eingestellt werden, die viel billiger arbeiten. Dagegen kann man sich nur wehren, wenn die Kollegen diese Arbeiter mit in den Verband ziehen, damit sie auch den Lohn beanspruchen, der im Sommer erlangt wurde.

**Stuttgart.** Die allgemeine Verwaltungsstelle des D. M. A. hielt am 8. Januar ihre jährliche Hauptversammlung ab. Besucht war dieselbe etwas besser als die letzten Mitgliederversammlungen, doch kann man noch lange nicht mit dem Besuch zufrieden sein. Der Thätigkeits- und Kassenbericht war sehr umfangreich und zeigte, daß von der Verwaltung keine Mühe gescheut wurde, um das Interesse für den Verband wachzurufen. Abgehalten wurden 25 Mitgliederversammlungen, 37 Verwaltungssitzungen, 5 öffentliche Metallarbeiterversammlungen, 6 Bezirksversammlungen, 8 Versammlungen der Würtler u. perm. Berufe, sowie zwei solche der Fernmechaniker und Elektriker, außerdem zwei kombinierte Mitgliederversammlungen mit den andern am Ort befindlichen Sektionen und vier kombinierte Sitzungen mit den Verwaltungen dieser Sektionen. Vertrauensmännerversammlungen fanden vier statt. Mit dem Gewerkschaftskartell wurde eine öffentliche Arbeiterversammlung einberufen mit der Tagesordnung: Der Achtunddenktag der englischen Maschinenbauer. In den Mitgliederversammlungen wurden 12 Vorträge gehalten. Bei der im Frühjahr stattgefundenen intensiven Agitation waren eine ganze Reihe von Werkstattdarstellungen nötig, die theilweise sehr gut besucht waren, theilweise aber auch sehr viel zu wünschen übrig ließen. Erschwert wurde die Arbeit einigermaßen dadurch, daß öfters Ersatzwahlen in die Verwaltung vorgenommen werden mußten. Trotzdem durch die Lohnbewegung nicht das Gewünschte vollständig erreicht wurde, hatte die Agitation während dieser Zeit wenigstens den Erfolg, daß die Metallarbeiter sich an der Meißner ganz außerordentlich beteiligten. Etwa 800—1000 Metallarbeiter feierten am 1. Mai den ganzen Tag. Neuworgangst wurden während der Lohnbewegung die Würtler und die Fernmechaniker. Letztere gründeten eine eigene Sektion. Der Einzug der Beiträge und die Beitragskolportage verursachten der Verwaltung ebenfalls viel Arbeit. Ein Versuch mit einem fest angelegten Eintassierer mußte wieder aufgegeben werden, da sich der Betreffende für diesen Posten nicht qualifizierte. Zur Zeit wird dieses Geschäft durch einen 1. und 2. Kassierer, 26 Werkstätten- und 6 Bezirkskassierer besorgt. — Die Korrespondenz war im abgelassenen Jahre eine sehr umfangreiche. — Die Fachschule wurde dieses Mal in Gemeinschaft mit den anderen Sektionen eröffnet und ist in Folge dessen die Frequenz eine sehr große. — Die stattgefundenen Sammlungen waren im großen Ganzen zufriedenstellend, besonders bei dem Hamburger Hafenarbeiterstreik. Auch die Sammlung für die streikenden Engländer zeigt für den Opfersinn der Kollegen, obwohl allerdings immer noch mehr geleistet werden könnte. — Der Kassenbericht war etwas weniger erfreulich, da von dem Streit bei Weggand u. Klein her immer noch ein ziemliches Defizit zu verzeichnen ist. — Die Versammlung entlastete hierauf die Ortsverwaltung und fand dann gleich die Neuwahl statt. Da der bisherige Bevollmächtigte mit Rücksicht auf sein Geschäft ablehnte, wurde Kollege Pfeiffer an seine Stelle und Kollege Söll als Kassierer wiedergewählt.

**Stuttgart.** Am 18. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Jahresbericht des Kassierers ergibt: Einnahme M 250,16; Ausgaben: an die Hauptkassier M 200, Vorkausgaben M 33,27, Summa M 233,27, Kassenbestand M 16,89. Der Mitgliederbestand war am 31. Dezember 1897 42. Dann schilderten mehrere Kollegen

die Mißstände in der Hufsenstollen-Fabrik von Leonhard in Schöneberg. Dasselbst arbeiten 37 Schlosser und 89 Mädchen, der Lohn beträgt bei 10stündiger Arbeitszeit 80—45 A die Stunde. Die Mädchen arbeiten im Akkord und zwar bedient 1 Mädchen 4 Maschinen und bekommt für 100 Stück Hufsenstollen 14 A. Der Kolonnenführer Bog vertritt es nun, die Mädchen dadurch auszukünften, daß er von einer zur anderen rennt und sie tüchtig antreibt, damit sie ihm recht viel verdienen, denn er bekommt für jedes 100, das die Mädchen machen, 5/10 A extra. Während der Arbeitszeit darf Niemand Bier trinken, die Kantine wird währenddessen geschlossen. Auch das Trinkwasser ist unter Verschluss; wünscht nun Jemand Wasser zu trinken, so muß er erst den Herrn Ingenieur um den Schlüssel dazu bitten. Es wäre doch sehr wünschenswert, daß die Firma solche drückende Verhältnisse aus der Welt schafft.

**Wiesbaden.** Nachdem in der hiesigen Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von A. Lehmann, U. G., 14 Tage vor Weihnachten bei fast sämtlichen Arbeitern eine Lohnreduzierung von 15—25 Prozent stattgefunden hat, ist am 8. Januar den Holzarbeitern wiederum eine solche bis zu 25 Prozent angeündigt worden. Da sie sich dieselbe natürlich nicht gefallen lassen konnten, so wurde eine Lohnkommission bei der Direktion vorstellig. Derselben wurde die Antwort zu Theil, daß die Lohnreduzierung zurückgenommen wird. Als zweiten Punkt verlangte die Kommission einen ausgehängten, gedruckten Lohnzettel. Nachdem sie einen geschriebenen Lohnzettel erhalten hatten, stellte sich heraus, daß an einzelnen Stellen trotzdem bis zu 30 Prozent abgezogen worden ist. In der Versammlung vom 23. Januar wurde auch die Frage aufgeworfen, wie sich die Metallarbeiter zu der Sache verhalten. Da wurde seitens des Vertreters vom Gewerksverein der Maschinenbauer erklärt, daß sich dieselben mit den Holzarbeitern solidarisieren erklären wollen. Da ein Teil der Arbeiter auch dem Metallarbeiter-Verband angehört, so tritt dieselbe Frage auch an unsere Mitglieder heran. Es wird daher ersucht, den Bezug von Metallarbeitern nach hier streng fern zu halten!

**Wandsbek.** D. M. A. Versammlung am 5. Januar. Schulz gab den Jahresbericht. Es haben insgesamt 17 Versammlungen stattgefunden, in denen 7 Referate abgehalten wurden. Die Zeitungskolportage hat viel Arbeit gemacht und wird jetzt so gehandhabt, daß ein Hilfskassierer die Zeitung kolportiert und Beiträge kassiert. Dafür werden pro Mitglied monatlich 20 A erhoben. Das Resultat war im letzten Vierteljahr glänzend. Es wurden an Marken verkauft im ersten Vierteljahr 889, im zweiten 818, im dritten 874 und im vierten 1264, insgesamt 3829. 38 Mitglieder wurden aufgenommen. Den ausgetretenen deutschen Kollegen wurden 31 A gesandt. Die englischen Maschinenbauer erhielten bis jetzt 245 A. Alsbarn las der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal vor. Die Einnahme ergab 104,91 A, die Ausgabe 85,45 A. Die Arbeiterkollektive ergab insgesamt 6 Monate, 3 Wochen und 4 Tage. Leider wurde die Zubereitung der Karten nicht von jedem Kollegen vorgenommen. — Darauf erfolgte die Wahl der Ortsverwaltung. Gewählt wurden: Schulz als Kassierer, Fröh, Meißner und Grube als Revisoren. Ein Antrag Schulz, jeden Monat eine Versammlung abzuhalten, fand Annahme. Schulz und Döberdick wurden zu Stellvertretern gewählt. Nachdem Schulz noch den Kassenbericht gegeben und sechs neue Mitglieder verlesen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Schlosser u. Maschinenbauer.**

**Braunschweig.** (Sektion der Schlosser, Maschinenb. u. v. B.) Für das Jahr 1898 wurden in die Ortsverwaltung gewählt: als 1. Bevollmächtigter Karl Grashof, Goldenberg 50, als 2. Bevollmächtigter Sr. Nennemann, als 1. Kassierer Albert Timme, Breitenstr. 14, Hinterhaus, als 2. Kassierer Diederichs, als Schriftführer Schomburg, als Bogel, als Revisoren Dieberling und Wolf, als Bibliothekare Kröber und Wengel. — Reisegeld und Verkehr „Bairischer Hof“, Dehlshäger 40, von 8—9 Uhr Abends, Sonntags von 11—12 Uhr Mittags — Die auswärtigen Kollegen, die als Einzelmitglieder nach Braunschweig ihre Beiträge entrichten, werden ersucht, sich an den neuen Bevollmächtigten wenden zu wollen.

**Feilenhauer.**

**Preßlau.** Am 17. Jan. fand in den „Drei Tauben“ eine öffentliche Versammlung der Feilenhauer, Schleifer und Hülsenarbeiter statt, in welcher Genosse Kühn einen Vortrag über § 152 der Gewerbeordnung und den Scheinverlag Kosobowsky's hielt. Die Versammlung beschloß die Ausarbeitung einer Berufskassier und wählte hierzu eine Kommission; es wurden gewählt: A. Druttschmann, W. Siebert, A. Schiller, P. Walter und U. Schmidt. — Das Umkleen ist streng verboten. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Fischer, Alexanderstr. 27, wofür auch das Extrageschäft von 12—1 Uhr und von 7—8 Uhr ausbezahlt wird.

**Quisburg.** Am 16. Januar hielt die Sektion der Feilenhauer von Quisburg und Umgegend eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher u. A. auch das Verhalten einiger Kollegen sowohl wie verschiedener Meister getadelt werden mußte. Trotzdem wir uns ja hier einer guten Organisation zu erfreuen haben, weil ja so ziemlich alle Kollegen der Organisation angehören, so gibt es immer noch etliche, welche den Verband nur brauchen, wenn es Unterstützung zu holen gibt, sonst aber lehren sie dem Vereine den Rücken. So haben wir hier den Fall zu verzeichnen, daß organisierte Kollegen (blos um dem Meister zu gefallen) direkte Gegner unserer Sektion werden. Eines von diesen, Gustav Müller, welcher zur Zeit in Mühlheim a. d. Ruhr bei Herrn Feilenhauermeister Henning beschäftigt ist, erdreistet sich sogar, das Bestehen der Sektion abzustreiten, damit der betreffende Meister nur immer genug Leute bekommt, ohne unseren Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Und dabei behauptete der weiser Henning einem Kollegen gegenüber: „Ich lache Euch ja in's Gesicht mit Euren dummen Arbeitsnachweis, ich kann Leute kriegen so viel ich will, ich brauche nur nach Bochum zu schreiben, so ist ein halbes Duzend zur Stelle.“ Wüßten die Bochumer Kollegen sich so etwas so Herzen nehmen und nicht auf solche Lockmittel hereinfallen, denn daß da keine gebrauchten Tauben zu holen sind, beweist das Eine schon zur Genüge, daß es kein möglich

organisirter Kollege ausfällt; die nicht organisierten verdienen es ja nicht besser. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, lieber einige Stunden Umweg zu machen und Mühe zu machen als in solcher Werkstatt zu arbeiten.

**Düsseldorf.** (Sektion der Feilenhauer.) Zu die Verwaltung sind folgende Kollegen gewählt: Emil Maifisch, Eiferstraße 6, als Bevollmächtigter, Hermann Engelbert, Nehtelstraße Nr. 157, als Kassierer, P. Schönfelder, A. Bistori und W. Guber als Revisoren. Briefe etc. an den Bevollmächtigten. Der Arbeitsnachweis befindet sich jetzt bei Alois Hanisch, Nordstr. 82, und werden die Kollegen ersucht, sich strikte an den Arbeitsnachweis zu halten. Den Zuwiderhandelnden wird das Geschenk entzogen. Das Geschenk wird Mittags von 12-1 Uhr, Abends von 7-9 Uhr ausbezahlt. Verbandskollegen erhalten 50 J., Nichtverbandskollegen 30 J. Kofalgeschenk.

**Die Agitationskommission des D. M.-V. für Schlesten und Posen**

gibt hierdurch bekannt, daß Kollege Harf aus der Kommission ausgetreten ist, weil er jetzt das Amt des Kassierers bekleidet. An seine Stelle ist Kollege Korditzte gewählt. Wir ersuchen alle Ortsverwaltungen, welche noch keine Fühlung mit uns genommen haben, dies so bald wie möglich zu thun, damit die Agitation planmäßig betrieben werden kann. Alle Sendungen sind zu richten an

Rudolf Hoffmann, Schlosser, Breslau, Heinrichstr. 3, III.

**Verbands-Anzeigen.**

**Mitglieder-Verfassungen.**

**Augsburg.** Samstag, 5. Februar, Abds. 8 Uhr, im „Blauen Boot“.

**Bayreuth.** Samstag, 12. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Gödtl.

**Berlin.** Montag, den 7. Februar Abends 8 Uhr, ordentliche Generalversammlung in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112.

**Berlin.** Bezirksversammlung. Mittwoch, 9. Febr., Abds. halb 9 Uhr, für Südoß bei Staatenberg, Oranienstr. 150.

**Berlin.** Sonntagsabend, 12. Febr., Abends halb 9 Uhr. Vertrauensmännerkonferenz für den Norden, bei Dide, Adlerstr. 123.

**Brandenburg.** (Sektion der Heizer und Maschinenwärter.) Sonntag, 6. Febr., Nachm. 3 Uhr, bei Wachenow, Wredowstr. 17.

**Bremen.** Sonntagsabend, 5. Febr., Abds. halb 9 Uhr, Hankenstr. 21/22, Saal I.

**Chemnitz.** (Allg.) Samstag, 5. Febr., Abds. 8 Uhr, im „Nussigen Hof“. Vortrag des Genossen Föhler-Eutinart, über: Die Gewerbegerichte und ihre Bedeutung für die Arbeiter.

**Chemnitz.** (Sektion der Formner.) Samstag, 5. Febr., bei J. Bäuerle. — Vom 1. März ab werden die Wochenbeiträge in der Wohnung einliefert.

**Düsseldorf.** (Allg.) Samstag, 5. Febr., Abds. 9 Uhr. Vortrag des Herrn Dr. Wegberg über Hauptstücke der Wärmelehren mit Experimenten.

**Ermersleben.** Sonntag, 13. Febr., Nachm. 3 Uhr, bei Van Vortrag des Gen. Bender: Das Aiteat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter.

**Fritz.** Sonntagsabend, 5. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Fritz Pfeilste. Abrechnung vom 4. Quartal 1897. Jahresbericht des Bevollmächtigten. Befolgung der Beitragsgammler. Wahl zweier weiterer Beitragsgammler.

**Frankfurt a. M.** (Allg.) Samstag, 5. Febr., Abds. 9 Uhr, im „Grünen Wald“, Alleeheiligenstr. 26b. Vortrag.

**Gera.** (Sektion der Klempner.) Sonntagsabend, 12. Febr., Abds. 9 Uhr, in Veder's Lokal, Waldstr.

**Hamburg.** (Sektion der Schlosser, Dreher u. v. B.) Sonntagsabend, 12. Febr., im „Hammontagegesellschaftshaus“, Große Bleichen, Wintervergügen mit Ball. Unter geistl. Mitwirkung der Liedertafel „Liberte“. Eintritt für Herren nebst Damen 30 J. Anfang halb 9 Uhr.

**Hannover.** (Sektion der Schmiede.) Sonntagsabend, den 12. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Straßner, Langestraße 2. Vortrag.

**Hildesberg.** Samstag, 12. Febr., im „Rathen Löwen“. Vortrag des Genossen Jacob-Mannheim über: Zweck und Ziel der Sozialdemokratie.

**Hildesheim.** Sonntagsabend, 5. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Wolf, Amersstr.

**Hörde.** Sonntag, 13. Febr., bei Meier, Chausseestr.

**Karlsruhe.** (Allg.) Sonntag, 6. Febr., Vorm. 10 Uhr.

**Karlsruhe.** (Sektion der Banchnloffer.) Samstag, 12. Febr., Abds. halb 9 Uhr, in der „Fortuna“.

**Karlsruhe.** (Sektion der Bleisner und Zupfalleure.) Samstag, 12. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im „Deutschen Pflücker“, Bahnhofsstr. Vortrag.

**Karlsruhe.** (Sektion der Schmiede.) Sonntag, den 6. Febr., Vorm. 9 Uhr, in der „Gäde“, Augartenstr.

**Kiel.** (Sektion der Klempner.) Dienstag, 8. Februar, Abds. halb 9 Uhr, bei Ahrends, Alte Krige 8.

**Krefeld.** Samstag, 12. Febr., Abds. 9 Uhr, im Café Nebel, Düssel. Vortrag: Der Streit der englischen Maschinenbauer. Gründung einer Bibliothek.

**Regen.** Sonntagsabend, 12. Febr., im „Preussischen Hof“. Vortrag des Kollegen Schlichting: Ist das Koalitionsrecht in Gefahr?

**Reinbach i. S.** Sonntag, 13. Febr., Nachm. 2 Uhr, im Hotel „Johannesbad“.

**Reinbach i. S.** Regelmäßig alle 14 Tage am Ruhntag in der „Tonhalle“.

**Reinbach i. S.** Samstag, 5. Febr., Abds. 8 Uhr, in der „Krone“.

**Reinbach i. S.** Sonntagsabend, 5. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im „Saalechlöppchen“. Vortrag. Referent: Kollege Leber-Jean.

**Münster i. W.** Samstag, 12. Febr., Abds. 9 Uhr, im „Germaniathater“ (Th. Weppelmann), Warendorferstr. — Alle 14 Tage Samstag, Abds. 9 Uhr, im gleichen Lokal.

— Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.

**Neu-Yenburg.** Sonntag, 6. Febr., Nachm. 4 Uhr, bei Kollege Ad. Becker, Karstr. (Wirtschaft zum „großen Garten“.) Mitgliedsbücher und Bibliothekbücher sind mitzubringen.

**Nürnberg.** (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 12. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im „Jammertal“. — Die Mitgliedsbücher sind zur Abtempelung einzuliefern.

**Offenbach.** (Allg.) Montag, 7. Febr., Abds. halb 9 Uhr, in der „Stadt Heidelberg“. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Offenbacher Metallarbeiter nach der Statistik von 1897.

**Pforzheim.** Samstag, 5. Febr., Abds. 8 Uhr, im „Gold Löwen“. Wahl zum Gewerbegericht. Abrechnung vom Familienabend. Vortrag.

**Regensburg.** Samstag, 12. Febr., Abds. 8 Uhr, im „Nitter“. Mitglieder, die mit ihren Beiträgen für die englischen Maschinenbauer noch im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben bis dahin zu begleichen.

**Reimscheid.** Samstag, 12. Febr., Abds. halb 9 Uhr. Stellungnahme zur niederrheinischen Konferenz. — Die Mitgliedsbücher sind zur Revision mitzubringen.

**Stendal.** Sonntag, 13. Febr., Nachm. halb 4 Uhr, im „Gold Stern“, Hall- und Karstr.-Ecke. Die für 6. Febr. angeetzte Versammlung kann Umstände halber nicht stattfinden.

**Stuttgart.** (Allg.) Samstag, 5. Febr., Abds. 8 Uhr, im „Pirsch“. Vortrag.

**Stuttgart.** (Sektion der Formner.) Montag, 7. Febr., Abds. 6 Uhr, bei Vogel. Vortrag von Gen. Hildenbrand.

**Wiesbaden.** (Sektion der Spengler u. Zupfalleure.) Samstag, 12. Febr., Abds. 9 Uhr, bei Heidemauer, Adlerstr. 6.

**Wuppertal.** Samstag, 5. Febr., Abds. 8 Uhr, bei Hüllinger. — Vom 12. Februar ab jeden zweiten und letzten Samstag im Monat Beitragzahlung bei Bull im neuen Lokal, Wagnerstr. 13.

**Zirndorf.** Montag, 7. Febr.

**Brandenburg.** Die Schlosser Anton Dinter und Franz Pufahl werden ersucht, ihre Adressen behufs Zustellung ihrer Mitgliedsbücher an P. Weisner gelangen zu lassen.

**Freiburg i. B.** Der Formner Adalbert Meier, eingetretener zu Koenheim unter Opt.-Nr. 176 360, geb. am 10. August 1875 zu Oberhausen bei Augsburg, hat seine Verpflichtungen gegen die hiesige Verwaltung nicht erfüllt. — Sämtliche Bücher der Bibliothek sind zur Revision abzuliefern. Die Bücherabgabe wird so lange eingestellt, bis alle Bücher gesammelt sind.

**Greiz i. U.** Dem Klemmer Richard Menzel, geb. am 3. Juni 1877 in Herrsdorf (Böhmen), eingetretener am 19. Dezember 1897 in Ravensburg (Württemberg), ist auf der Tour von Plauen nach Elsterberg das Verbandsbuch abhanden gekommen. Dasselbe ist aufzuhalten und an Karl Berger, Dettlerstr., Seibemann's Villa in Greiz zu senden.

**Leipzig-Lindenau.** Unterzeichneter erucht um Angabe der Adressen folgender Kollegen behufs Zustellung der Mitgliedsbücher: Otto Hannemann, Formner, geb. am 4. April 1877 zu Leipzig; Eugen Simon, Formner, geb. am 14. Dez. 1865 zu Habern; Heinz Kreuz, Dreher, geb. 5. Febr. 1878 zu Sehlach; Paul Böhm, Mechaniker, geb. am 14. Sept. 1865 zu Charlottenburg.

**Offenbach.** (Allg.) Die Zentralherberge befindet sich vom 1. Febr. ab im „Gasthaus zum Storch“, Schloßstr. 6.

**Offenbach a. M.** Das Mitglied Karl Sachs wird ersucht, das aus unserer Bibliothek entlehnte Buch Nr. 19 „Die deutsche Revolution“ an die hiesige Verwaltung zurückzuerstatten. Das Gleiche gilt von dem Mitglied Berthold Lötter, der das Buch Nr. 79 „Die Arbeiterzeit“ im Besitz hat.

**Pforzheim.** Bevollmächtigter Carl Säuber, Blumenstraße 26; Kassier: Heinz Gng. Nahmer 12; Reizeunterstützungsausgeber: Julius Hirning, Deutsche Karl Friedrichstr. 89, Hinterhaus.

**Freie Presse.**

**Hörseln.** Die Vereinsversammlungen finden nur noch alle 4 Wochen statt und zwar jeden letzten Sonntagsabend im Monat. Nächste Versammlung: Sonntagsabend, 26. Februar, Abds. halb 9 Uhr, in der „Rudennerrasse“.

**Gestorben.**

In Brandenburg der Schmied Paul Kühröber an Lungenschwäche im 25. Lebensjahre. — In Oberursel Paul Pig, 25 Jahre alt, an Lungenentzündung. — Am 28. Jan. in Dresden der Schmied Wilh. Kiejewitzer, an Magenentzündung.

**Öffentliche Versammlungen.**

**Ludrawalde.** Montag, 14. Februar, Abds. 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung bei Otto Schulz, Bedikerstr. 34. Vortrag: Der Posadowsky'sche Erlass. Referent: Hofstad-Berlin.

**Stuttgart-Öhrim.** Sonntag, 6. Februar, Vorm. 11 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in der „Gäde“, Gadenberg. — Vor und nach der Versammlung Einzelplanung. Samstag, 5. Febr., keine Versammlung, die nächste findet wieder wie üblich statt.

**Vortragstour des Genossen Fr. Schlegel-Berlin.** Öffentliche Versammlungen finden statt in:

**Gotha.** Sonntagsabend, 5. Febr., Abds. 8 Uhr. Die Lage der Metallindustrie und die Lage der Metallarbeiter.

**Waltershausen.** Sonntag, 6. Febr., Vorm. 11 Uhr. Gibt es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit?

**Eisenach.** Montag, 7. Febr., Abds. 8 Uhr, im „Frühlichen Mann“. Die wirtschaftliche Umwälzung und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

**Fulda.** Dienstag, 8. Febr., Abds. 8 Uhr, bei E. Schöber. Warum organisieren wir uns?

**Leipzig-Lindenau.** Montag, 14. Februar, Abds. 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung bei Otto Schulz, Bedikerstr. 34. Vortrag: Der Posadowsky'sche Erlass. Referent: Hofstad-Berlin.

**Stuttgart-Öhrim.** Sonntag, 6. Februar, Vorm. 11 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in der „Gäde“, Gadenberg. — Vor und nach der Versammlung Einzelplanung. Samstag, 5. Febr., keine Versammlung, die nächste findet wieder wie üblich statt.

**Vortragstour des Genossen Fr. Schlegel-Berlin.** Öffentliche Versammlungen finden statt in:

**Gotha.** Sonntagsabend, 5. Febr., Abds. 8 Uhr. Die Lage der Metallindustrie und die Lage der Metallarbeiter.

**Waltershausen.** Sonntag, 6. Febr., Vorm. 11 Uhr. Gibt es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit?

**Eisenach.** Montag, 7. Febr., Abds. 8 Uhr, im „Frühlichen Mann“. Die wirtschaftliche Umwälzung und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

**Fulda.** Dienstag, 8. Febr., Abds. 8 Uhr, bei E. Schöber. Warum organisieren wir uns?

**Schweinfurt.** Mittwoch, 9. Febr., Abds. 8 Uhr, in der „Blauen Glocke“. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

**Hamburg.** Donnerstags, 10. Februar, Abds. 8 Uhr. Warum organisieren wir uns?

**Regen.** Sonntagsabend, 12. Februar, Abds. 8 Uhr. Gibt es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit?

**Nürnberg.** Sonntag, 13. Febr., Vorm. 10 Uhr, im „Bürgeraal“. Gibt es eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit?

**Nürnberg.** Montag, 14. Febr., Abds. 8 Uhr, in den „Zentralhallen“. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

**Regen.** Dienstag, 15. Februar, Abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

**Bayreuth.** Mittwoch, 16. Febr., Abds. 8 Uhr, in der „Zentralhalle“. Die Lage der Metallindustrie und die Lage der Metallarbeiter.

**Coburg.** Donnerstags, 17. Febr., Abds. 8 Uhr, in der „Reichshalle“. Unternehmer- und Arbeiterverbände.

**Zeulenroda.** Sonntagsabend, 19. Februar, Abends 8 Uhr, bei „Subwig“. Die Lage der Metallindustrie und die Lage der Metallarbeiter.

**Greiz.** Sonntag, 20. Februar, Vormittags 11 Uhr. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

**Gera.** Montag, 21. Februar, Abends 8 Uhr. Lokal und Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

**Eisenberg.** Dienstag, 22. Februar, Abends 8 Uhr, im „Gambrius“. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.

Nußer den oben angegebenen Vorträgen wird in allen Versammlungen der „Freierlaß des Grafen Posadowsky“ einer ihm gebührenden Kritik unterzogen werden. Referent in allen Versammlungen: Kollege Friedrich Schlegel-Berlin.

**Privat-Anzeigen.**

3 Feilenhauer werden gesucht auf große und Mittelgröße nach unseren neuen Affordpreisen. Arbeitsnachweis der Feilenhauer zu Düsseldorf, Alois Hanisch, Nordstr. 82. 150

Ein Feilenhauer auf kleine Arbeit bei Magdeburger Affordpreisen wird gesucht von Otto Ulrich, Queblinburg.

Ein solider Feilenhauer auf schwere Feilen sofort gesucht. Wilh. Mühlingshaus, Barmen, Heidenstraße 2.

Ein tüchtiger Feilenhauer sofort gesucht. W. Kruhl, Güstrow.

2 tüchtige Feilenhauer werden sofort gesucht bei Hermann Clauss, Feilenhauerei, Döbernhau i. S.

Ein Feilenhauer auf Mittelgröße gesucht. G. Grün, Belbert, Rhnd.

2 tüchtige Feilenhauer auf Afford für dauernd gesucht. J. Heller, Sportau i. Sles.

Ein tüchtiger Feilenhauergehilfe wird gesucht. J. Niekisch, Feilenhauernstr., Wörlingen.

Suche sofort einen tücht. Feilenhauer auf dauernde Beschäftigung. [47] F. Jannann, Draunschweig.

Einen tüchtigen Feilenhauergehilfen auf große Arbeit sucht bei gutem Lohn Herrm. Baumgart, Guben, N.-A. Reisegeld wird vergütet. [48]

2 tüchtige Feilenhauer sofort gesucht. Hülshbeck, Düsseldorf, Ahnsfeldstr. 75. [49]

Ein solider Feilenhauer erhält in meiner Werkstatt mit Gasmotorenbetrieb gegen guten Lohn dauernde Beschäftigung. Reisekosten werden vergütet. Schriftliche Anmeldungen vorher erbeten. E. Goest, Greifswald i. Pomm. [51]

Suche sofort einen tüchtigen Feilenhauergehilfen. M. Horn, Feilenhauer, Wismar i. M. [52]

Tücht. Feilenhauer auf Schlicht- und Bastardfeilen suchen für dauernde Arbeit [38] B. Wildschütz & Co., Düsseldorf, Gneisenaustr. 17.

Gesucht ein tüchtiger Formner auf Silberguß. [39] M. Böhner, Pforzheim.

Ein Messerschmied wird gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung gesucht. [13] Emil Jen, Waldheim i. S.

12 Paar festgestrichelte Socken, beliebige Farben, je 2 für M. 3,75. Preisl. frei. B. Dick, Strumpffabrik, Gelsenau i. Erzgeb. [6]

Reinigung bringt Nutzen! Die anerkannt guten, edlen Hamburger Federhosen mittelgrau oder dunkler versendet nach jedem Orte franko gegen Nachnahme wie folgt:

Nr. I extra prima: 1 Hose . . . M. 8,50 2 Hosen . . . 16,00 3 . . . 23,50 4 . . . 30,00

Nr. II prima: 1 Hose . . . M. 7,00 2 Hosen . . . 13,00 3 . . . 19,00 4 . . . 25,00

Stärke und sauberste Bearbeitung! Schnittlänge bitte stets in Centimetern angeben. S. Elias, Bernburg, Versandgeschäft. [28]